

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

7. Sitzung vom 30. September 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Nachruf auf Otto Schweda und Dr Erwin Hirnschall	S. 3	6. Mitteilung des Einlaufs	S. 21
2. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	7. Ordnungsruf an Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 21
3. Fragestunde		8. Begrüßung der Präsidentin des UVS DDr Katharina Schönberger	S. 21
1. Anfrage (FSP – 03855-2011/0001 – KFP/LM)	S. 3	9. 03553-2011/0001-GIF; P 1: Tätigkeitsbericht des UVS 2010 Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 22
2. Anfrage (FSP – 03854-2011/0001 – KSP/LM)	S. 3	Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 23
3. Anfrage (FSP – 02747-2011/0001 – KVP/LM)	S. 5	Abg Armin Blind	S. 24
4. Anfrage (FSP – 03856-2011/0001 – KFP/LM)	S. 8	Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 25
5. Anfrage (FSP – 03857-2011/0001 – KVP/LM)	S. 11	Abg Birgit Hebein	S. 26
4. AST – 03759-2011/0002 – KVP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Gegen (un-)durchsichtige Inseratenvergaben – für ein Wiener Transparenzgesetz!" Rednerinnen bzw Redner: Abg Ing Mag Bernhard Dworak	S. 13	Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 26
Abg Birgit Hebein	S. 14	Abstimmung	S. 27
Abg Mag Johann Gudenus	S. 14	10. 02894-2011/0001-MDLTG; P 2: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen (Beilage Nr 12/2011)	S. 27
Abg Heinz Vettermann	S. 15	Abstimmung	S. 27
Abg Mag Barbara Feldmann	S. 16	11. 03297-2011/0001-MDLTG; P 3: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen (Beilage Nr 16/2011)	S. 27
Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 17	Abstimmung	S. 27
Abg Mag Dr Alfred Wansch	S. 18		
Abg Barbara Novak	S. 19		
Abg Dipl-Ing Martin Margulies (zur Geschäftsordnung)	S. 21		
Abg Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 22		
5. Ordnungsruf an Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 19		

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Die 7. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Ich ersuche, die Plätze einzunehmen.

Zu Beginn der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause habe ich eine traurige Aufgabe, an zwei frühere Präsidenten des Wiener Landtages zu erinnern. Am 7. Juli ist der ehemalige Zweite, später Dritte Präsident des Wiener Landtages Finanzstadtrat Otto Schweda verstorben. Am 26. August ist der frühere Dritte Präsident des Wiener Landtages Dr Erwin Hirschall verstorben.

Otto Schweda, gebürtiger Meidlinger, ist im 93. Lebensjahr verstorben, war gestandener Sozialdemokrat. Großes Engagement für die Wienerinnen und Wiener zeichnete ihn aus. 1964 bis 1970 Mitglied des Bundesrates, danach in den Wiener Landtag und Gemeinderat eingezogen. Im Dezember 1970 wurde Otto Schweda zum Stadtrat für Finanzen ernannt. Ab 1973 war er Zweiter, ab 1978 Dritter Präsident des Wiener Landtages. Für seine Verdienste wurde er 1983 zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Seine Partei, die SPÖ, ehrte ihn mit der Viktor-Adler-Plakette. Otto Schweda zog sich 1983 aus der aktiven Politik zurück, war aber bis zu seinem Ableben immer wieder bei Veranstaltungen auch des Wiener Landtages gern gesehener Gast.

Der zweite im Sommer verstorbene ehemalige Landtagspräsident war Dr Erwin Hirschall. Der gebürtige Waldviertler war eine jener Personen, die die österreichische Politik, vor allem aber die Wiener Politik, mitbestimmt und geprägt haben. So hat Dr Erwin Hirschall von 1991 bis 1996 als letztes seiner vielen politischen Ämter die Funktion des Dritten Präsidenten des Wiener Landtages ausgeübt. 1955 war Dr Hirschall eines der Gründungsmitglieder der Freiheitlichen Partei Österreichs, von 1983 bis 1991 deren Landesparteiobmann in Wien. 1959 wurde Dr Hirschall Bezirksrat in Liesing. Von 1964 bis 1996 war er Mitglied des Wiener Gemeinderates und Landtages. Für seine langjährige politische Tätigkeit wurde Dr Erwin Hirschall 1975 mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. 1995 wurde ihm das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Ohne Zweifel hat Wien damit einen liberalen Geist verloren.

Ich ersuche Sie nun, kurz der beiden Persönlichkeiten zu gedenken. (Im Sitzungssaal wird eine Gedenkmminute abgehalten.) - Danke schön.

Eine Reihe von Entschuldigungen darf ich erwähnen: Entschuldigt sind Abg Frank, Abg Mag Chorherr, Abg Kops, Abg Mag Kowarik, Abg Mag Reindl, Abg Schuster, Abg Stark, Abg Dipl-Ing Stiftner. Abg Dr Aigner ist von 9 bis 12.30 Uhr dienstlich verhindert, Abg Wagner von 9 bis 11 Uhr.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 03855-2011/0001 - KFP/LM) wurde von Herrn Abg Mag Dietbert Kowarik gestellt und ist an Herrn Landeshauptmann gerichtet. (Seit Jahren wird eine Reform verlangt, die das undemokratische

Wahlrecht in Wien beendet. Wann wird diese Wahlrechtsreform umgesetzt werden?) Da Herr Abg Mag Kowarik erkrankt ist, entfällt gemäß § 34 Abs 2 der Geschäftsordnung die Beantwortung dieser Anfrage.

Ich erwähne gleich vorweg, dass wir somit heute nur vier Anfragen zur Beantwortung vorliegen haben.

Die 2. Anfrage (FSP - 03854-2011/0001 - KSP/LM) wurde von Herrn Abg Ernst Holzmann gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. (Im Frühjahr 2011 haben Sie die so genannte Wohnbauinitiative ausgelobt. Zu welchen Ergebnissen hat diese Auslobung geführt?)

Ich ersuche Herrn StR Michael Ludwig, die Beantwortung vorzunehmen.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag!

Herr Abg Holzmann, in Beantwortung Ihrer Anfrage betreffend die Auslobung der Wohnbauinitiative kann ich Ihnen mitteilen, dass es gelungen ist, hier einen zusätzlichen kräftigen Impuls für den Wiener Wohnungsneubau zu starten. Die Intention und Überlegung dabei war, die günstigen Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt zu nützen, sprich, die niedrigen Zinsen, um zusätzlich und ergänzend zum geförderten Wohnbau mehr Wohnungen auf den Markt zu bringen, in Kooperation auch mit privaten Kapitalgebern. Aus diesem Grund heraus hat die Stadt Wien einen Call ausgerufen, in der Zeit vom 22. März bis 5. April, mit der Anregung, dass die Stadt Wien kostengünstige Darlehen aufnimmt, weil die Stadt Wien gute Möglichkeiten am Kapitalmarkt hat, Geld aufzunehmen, um dieses Kapital Konsortien zur Verfügung zu stellen. Nach Ablauf des Calls haben sich insgesamt sieben Konsortien gemeldet. Davon wurden nach einem sehr strengen Auswahlverfahren sechs Konsortien in die engere Wahl genommen. Diese sechs Konsortien, bestehend aus Kapitaldienstleistern, sprich, Banken und Versicherungen auf der einen Seite und Wohnbauträgern auf der anderen Seite, haben dann den Zuschlag bekommen.

Worauf ich besonders stolz bin, ist, dass es mir gelungen ist, in Abstimmung mit diesen sechs Konsortien die Mietobergrenze so festzulegen, dass sie sich am geförderten Wohnbau orientiert. Das heißt, obwohl es sich dabei um freifinanzierte Wohnungen handelt, sind die Bedingungen für die Mieterinnen und Mieter dem geförderten Wohnbau angepasst. Das heißt, es gibt sehr günstige Möglichkeiten, diese Wohnungen zu mieten und die Kapitalbeiträge sind durchaus als sehr niedrig zu bezeichnen. Das ist, wie ich meine, ein großer Vorteil für die Mieterinnen und Mieter, die Wohnungen im Rahmen dieser Wohnbauinitiative ansprechen.

Ich wollte auch ganz gezielt in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirken versuchen, dass wir in unterschiedlichen Gebieten unserer Stadt Projekte dieser Wohnbauinitiative umsetzen. Es sind vor allem Gebiete in den Bezirken 2, 10, 11, 21 und 22. Das heißt, es gibt auch eine sehr breite und große Durchmischung der Wohnbauinitiative im gesamten Stadtgebiet.

Also, wenn man so will, ein großer Erfolg. Ich möchte nur anschließen, was ich immer in dem Zusammenhang auch erwähnt habe, es ist eine Ergänzung zum geförderten Wohnbau, kein Ersatz, und funktioniert nur deshalb, weil es möglich ist, die sehr günstigen Konditionen, die die Stadt Wien am Kapitalmarkt genießt auf Grund der starken wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt, zu nutzen, um den Konsortien günstiges Geld zur Verfügung zu stellen, aber auch mit Grundstücken, die die Stadt Wien ebenfalls zur Verfügung gestellt hat, diese Wohnbauinitiative zu unterstützen.

Aber ich möchte die Gelegenheit durchaus auch benutzen, mich bei den Konsortien zu bedanken, denn es ist keine Selbstverständlichkeit, dass diese auch erkannt haben, wie wichtig es ist, zusätzliche Wohnungen in unserer Stadt zu errichten. Die Konsortien haben sich hier durchaus mit sozialen Überlegungen in den Call eingebracht. Ich bin sehr zuversichtlich, dass auch in der Umsetzung dieser Wohnbauinitiative der soziale Gedanke ganz vorne stehen wird.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage wird gestellt von Herrn Abg Walter. Ich erwähne, dass die Zusatzfrage maximal zwei Minuten Zeit in Anspruch nehmen darf. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Keine Sorge, es dauert sicher nicht zwei Minuten.

Ich begrüße prinzipiell die Wohnbauinitiative. Es sind in Summe, wenn ich es richtig verstanden habe, jetzt um die 6 300 Wohnungen zustande gekommen.

Ich wollte nur fragen: Wie sieht es im geförderten Bereich aus? Es gibt schon eine Reihe von Zusicherungen für die Wohnbauträger. Wann können diese damit rechnen, dass sie sozusagen wieder die Förderung bekommen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Abgeordneter!

Das wird auch vom Abschluss der Budgetverhandlungen abhängig sein. Wir sind hier mit der Finanz in sehr enger Kooperation und Abstimmung. Ich gehe davon aus, dass die Finanzmittel für das kommende Budgetjahr so ausgerichtet sein werden, dass wir Projekte, die wir mit den Wohnbauträgern gemeinsam entwickelt haben, entsprechend der Zeitdimension, die wir uns vorgenommen haben, abwickeln werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Dipl-Ing Sabine Gretner. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Wohnbaustadtrat!

Zurück zur Wohnbauinitiative: Sie werden sich sicher daran erinnern, am Anfang gab es ein bisschen Unklarheiten, wie die hohe Qualität des geförderten Wohnbaus auch bei dieser Initiative sichergestellt sein wird. Sie haben dann damals angekündigt, dass ein Beirat für die Qualität dieses neuen Programms sorgen wird. Ich wäre jetzt neugierig, welche Qualitätskriterien oder welche Maßstäbe dabei angelegt werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Frau Abgeordnete!

Wir haben hier eine ganze Reihe von Qualitätsstandards festgelegt.

Das beginnt bei der Mietpreisbindung, die ich schon erwähnt habe, dass sich im Rahmen der Wohnbauinitiative die Projekte am geförderten Wohnbau orientieren. Es gibt hier insgesamt zwei verschiedene Varianten, die Variante A, die vorsieht, dass die Nettomiete mit maximal 6,10 EUR pro Quadratmeter Nutzfläche begrenzt ist und der Finanzierungsbeitrag bei 150 EUR pro Quadratmeter Nutzfläche liegt, und die Variante B, die vorsieht, dass die Nettomiete mit maximal 4,75 EUR pro Quadratmeter Nutzfläche begrenzt ist und der Finanzierungsbeitrag bei 500 EUR pro Quadratmeter liegt. Das heißt, es sind zwei unterschiedliche Varianten, je nachdem, was sich die Mieterinnen und Mieter leisten können oder wollen, eher mit einem höheren Kapitalbeitrag und einer niedrigen Miete oder umgekehrt mit einer höheren Miete und einem niedrigeren Kapitalbeitrag.

Wir haben außerdem im Bereich Infrastruktur, architektonische Qualität und soziale Nachhaltigkeit den von ihnen angesprochenen Fachbeirat eingerichtet, der die Qualität der eingereichten Projekte bewertet, und zwar analog zum Grundstücksbeirat, den wir ebenfalls einsetzen, um im geförderten Wohnbau die Qualität festzulegen. Es ist durchaus auch möglich, dass Projekte dann vom Beirat nicht akzeptiert werden und es eine Wiedervorlage der Projekte gibt, wenn die Kritikpunkte zu groß sind. Deshalb müssen dann die Konsortien die Einwände des Beirates sehr ernst nehmen.

Im Bereich der Ökologie haben wir ebenfalls eine ganz Reihe von Punkten festgelegt. Ich möchte hier nur beispielhaft anführen, dass PVC-haltige Fenster und Türen nicht zulässig sind und dass die Einhaltung der ökologischen Qualität, die von der MA 25 vorgesehen ist, auch entsprechend kontrolliert wird.

Also wir haben, wie gesagt, analog zu den Maßnahmen im Grundstücksbeirat und in der Jury für die Bauträgerwettbewerbe ähnliche Kriterien. Wir haben auch bei der Zusammensetzung des Beirates sehr darauf geachtet, dass es hier eine Verbindung zum Grundstücksbeirat gibt. Das sind alles Personen, die entweder selbst im Grundstücksbeirat tätig sind oder eine sehr enge, auch persönliche, inhaltliche Verbindung aufweisen. Es wird damit sichergestellt sein, dass es auf der einen Seite möglich ist, die Projekte sehr schnell abzuwickeln, das ist deshalb notwendig, weil die finanzielle Zuteilung für die Konsortien nur dann interessant ist, wenn sie das Geld schnell investieren können, und auf der anderen Seite sichergestellt ist, dass die hohen Qualitätskriterien im geförderten Wohnbau auch für die Wohnbauinitiative Gültigkeit haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Univ-Prof Dr Eisenstein. - Ich bitte darum.

Abg Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Einen schönen guten Morgen, Herr Stadtrat beziehungsweise Herr Landesrat!

Frage, ganz kurz, Sie können sie auch ganz kurz beantworten. Sie haben gerade Kapitalbeiträge genannt.

Ich denke aber, dass wir in Wien immer noch einen sehr großen Bedarf an wirklich leistbaren Wohnungen für Personen haben, die sich auch diese Kapitalbeiträge nicht leisten können. Ist für diese im Rahmen der Wohnbauinitiative der Stadt Wien auch eine Möglichkeit vorgesehen, zu leistbaren Wohnungen zu kommen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Abgeordneter!

Die Projekte im Rahmen der Wohnbauinitiative sind angelehnt an den geförderten Wohnbau. Ich habe die beiden unterschiedlichen Möglichkeiten und Varianten erwähnt, aber Sie haben recht, es ist bei beiden Varianten ein Eigenkapitalbeitrag notwendig. Das ist in einem Fall ein geringerer Beitrag mit einer höheren Miete, im anderen Fall ein höherer Beitrag mit einer geringeren Miete, also beides für die Mieterinnen und Mieter möglich.

Man darf nicht vergessen, dass die Projekte im Rahmen der Wohnbauinitiative freifinanzierte Wohnungen sind und dass es eigentlich mein politischer Erfolg war, den Konsortien, wenn man so will, die Rahmenbedingungen so vorzugeben, dass sie sich trotzdem am leistbaren geförderten Wohnbau orientieren.

Das, was Sie einfordern, Herr Professor, realisiere ich im geförderten Wohnbau. Ich habe zum Beispiel den Anteil der sogenannten supergeförderten Wohnungen, wo man eben keinen Eigenkapitalbeitrag benötigt, deutlich erhöht. Ich habe mir auch vorgenommen, im kommenden Jahr mehr supergeförderte Wohnungen anzubieten, weil mir durchaus bewusst ist, dass es Menschen gibt, die eine qualitätsvolle Wohnung wollen, trotzdem aber den Eigenmittelbeitrag nicht leisten können. Das heißt, im Rahmen des geförderten Wohnbaus werde ich versuchen, noch mehr Akzente im Bereich der sogenannten Superförderung zu setzen, wo man als Mieter oder Mieterin keinen Eigenmittelkapitalbeitrag oder nur einen sehr geringen Eigenmittelkapitalbeitrag benötigt. Das sind sicher Wohnungen, die es in Zukunft verstärkt geben wird.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ernst Holzmann. - Ich ersuche darum.

Abg Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Können Sie abschätzen, wie hoch das Gesamtinvestitionsvolumen dieser Projekte sein wird und wie viele Arbeitsplätze dadurch gesichert werden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Abgeordneter!

Das ist sicher eine ganz wichtige Frage, vor allem im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt. Natürlich versuchen wir, mit unseren Projekten den Arbeitsmarkt zu unterstützen, auch die Wiener Unternehmen zu unterstützen, vor allem die Klein- und Mittelbetriebe. Wir haben das auch in der vergangenen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie ich meine, in Wien sehr gut gemacht, eben auch im Vorziehen von Wohnbauprojekten, dass wir der Wiener Wirtschaft zusätzlich Aufträge vermitteln und den Arbeitsmarkt stabilisieren konnten.

Ich habe trotzdem ausgerechnet, was die Wohnbau-

initiative an Gesamtinvestitionen und an Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bedeutet. Es ist so, dass das Gesamtinvestitionsvolumen mehr als 1 Milliarde EUR ausmacht, wir damit jährlich 6 000 Arbeitsplätze im Bau- und Baunebengewerbe sichern und zum Teil neu schaffen können. Das ist, wie ich meine, ein ganz wichtiger Impuls. Von daher hat die Wohnbauinitiative nicht nur für den Wohnungsmarkt eine sehr starke Belebung erfahren, sondern ist gerade auch für den Arbeitsmarkt und für die Wiener Wirtschaft ein ganz wichtiger Impuls.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Wir kommen damit zur 3. Anfrage (FSP - 02747-2011/0001 - KVP/LM), die von Herrn Abg Dr Matthias Tschirf gestellt wurde und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet ist. (*Eine Stärkung der direkten Demokratie und der BürgerInnenpartizipation ist insbesondere bei Stadtplanungsprojekten dringender denn je geworden. Speziell in diesem Zusammenhang sind entsprechende Verankerungen und Determinierungen in den einschlägigen Wiener Rechtsbestimmungen und Landesgesetzen, ja eine Modernisierung der Wiener Rechtslage, durchaus angezeigt. Mit welchen konkreten Vorstellungen bezüglich BürgerInnenpartizipation und direkter Demokratie bei Stadtplanungsprojekten haben sie bisher die zuständigen Mitglieder der Landesregierung konfrontiert?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wir sprechen hier von zwei Dingen. Zum einem gibt es in Wien Instrumente der direkten Demokratie. Die Stadt bietet den WienerInnen zahlreiche Formen der direkten Beteiligung. Dazu zählen etwa BürgerInnenversammlungen, bei denen aktuelle Vorhaben diskutiert werden, oder BürgerInnenbefragungen, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit neuen Wohnsammelgaragen. Sie stellen ein wichtiges und ausbaufähiges Instrument zur Information, Diskussion und Mitentscheidung der BürgerInnen über Entwicklungen in den Bezirken dar.

In der Wiener Stadtverfassung sind darüber hinaus Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren als Instrumente direkter Demokratie festgeschrieben. Eine Volksbefragung kann nach der derzeitigen Rechtslage auch für einen begrenzten Teil des Wiener Stadtgebietes durchgeführt werden, wenn eine Angelegenheit ausschließlich oder überwiegend für die Bevölkerung dieses Gebietes von Bedeutung ist. In diesen Fällen ist, wie Sie sicherlich wissen, ein Beschluss des Wiener Gemeinderates oder eine Mindestanzahl von 5 Prozent der wahlberechtigten WienerInnen erforderlich.

Zum anderen gibt es Instrumente der partizipativen Demokratie. Hier geht es darum, BürgerInnen bei Planungsprozessen teilhaben zu lassen. Im Bereich der Stadtplanung ist die Bauordnung, hier insbesondere § 2, die rechtliche Basis für partizipative Prozesse. Dort sind öffentliche Auflage und das Recht zur Stellungnahme seitens der Bevölkerung festgeschrieben.

Um zu mehr Partizipation der Wienerinnen und Wie-

ner zu kommen, ist vor allem vorweg die Verständigung der Bevölkerung und Verwaltung ein wichtiges Kriterium. Derzeit habe ich die zuständigen Dienststellen meines Ressorts beauftragt, zu klären, wie die allgemeine Verständlichkeit der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne verbessert werden kann. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass das wirklich ein besonderer Aspekt ist, um Teilhabe überhaupt erst für breite Teile der Bevölkerung zu ermöglichen. Darüber hinaus soll als Hilfestellung für stadtplanungsrelevante Beteiligungsprozesse ein Handbuch „Partizipation für die Wiener Stadtplanung“ erstellt werden. Methoden-Tools und Anwendungsfälle werden speziell vor dem Wiener Hintergrund dargestellt. Dem Einsatz von Web 2.0 und E-Participation wird dabei ein entsprechender Stellenwert eingeräumt. So werden Qualitätsstandards für BürgerInnenbeteiligungen in der Stadtplanung definiert, die eine weitere Verbesserung der Partizipation der WienerInnen fördern.

Auf einen weiteren Punkt aus dem rot-grünen Regierungsprogramm möchte ich an dieser Stelle noch hinweisen, die Koordinationsstelle für BürgerInnenbeteiligung. Mit dieser Koordinationsstelle soll sichergestellt werden, dass BürgerInnenbeteiligung als Querschnittsmaterie in allen Bereichen der Verwaltung Eingang findet.

Lassen Sie mich abschließend etwas wiederholen, das ich eigentlich gestern mehrfach gesagt habe. Ich glaube, es gilt hier, zweierlei zu erreichen. Zum einen, was BürgerInnenbefragungen auch auf Bezirksebene, auf lokaler Ebene, anbelangt, einheitliche, transparente, verständliche und vor allem verbindliche Standards zu erreichen. Das ist eine Aufgabe, die, wie Sie wissen, einiges an Überzeugungs- und Koordinationsarbeit erfordert, weil gerade die Abhaltung von solch wichtigen Prozessen der Bezirksebene obliegt und wir hier eingeschränkte Mittel und Möglichkeiten haben, diese Vorgaben zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass es der Stadt gut tun wird und dass es auch die BürgerInnenbeteiligung ordentlich fördern wird, wenn es uns tatsächlich gelingt, diese einheitlichen und verbindlichen Standards für all diese Beteiligungsprozesse auf der lokalen Ebene zu erreichen. Das ist eine wesentliche Säule.

Eine zweite Säule gilt tatsächlich der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, und zwar der frühestmöglichen Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, in Stadtplanungsprozesse. Um möglichst breite Teile der Bevölkerung für Stadtplanungsprozesse begeistern zu können, haben wir zweierlei sicherzustellen: Erstens, dass die Verständlichkeit von Planungen massiv gesteigert wird. Hierfür gibt es, wie bereits erwähnt, einen klaren Auftrag meinerseits, die Instrumente so zu verbessern, dass wir sicherstellen können, dass breiteste Teile der Bevölkerung einen Plan zu einem bestimmten Zeitpunkt präsentiert bekommen und genau und auf den ersten Blick verstehen, was dort entstehen soll. Zweitens geht es aber darum, Instrumente und Wege zu finden, wie wir möglichst früh Bürgerinnen und Bürger einbinden, das heißt, gerade bei Projekten, die bereits eine Größe haben, von der wir sagen können, dass diese auf alle Fälle eine hohe Relevanz für den Städtebau an sich haben

und eine große Veränderung für ein Grätzl, vielleicht auch für einen ganzen Bezirk, manchmal sogar für die ganze Stadt mit sich bringen werden, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig so einzubinden, dass ihre Vorstellungen, ihre Ideen, ihre Bedürfnisse so frühzeitig in den Planungsprozess einfließen können, damit sie bereits die Grundlage für die Ausschreibung etwa von Leitbildern und Masterplänen bilden können. Auf diese Art und Weise können wir sicherstellen, dass wir die lokale Bevölkerung von vornherein einbinden, begeistern und für die Entstehung solcher Projekte mitnehmen und dass eine Vielzahl von sehr frustrierenden Erlebnissen, sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für die Politik als auch für Investorinnen und Investoren, so wie wir es in der Vergangenheit manchmal erlebt haben, ganz einfach ausbleibt, weil Projekte entstehen, die von größtmöglichem Konsens getragen werden.

Ich möchte abschließend an dieser Stelle wirklich ein großes Bekenntnis zur Veränderung ablegen. Ich glaube, dass es eine der Stärken Wiens ist, dass Wien wächst, dass Wien ein beliebter Ort für sehr viele Menschen ist, die entscheiden, sich in Wien niederzulassen, sei es aus den Bundesländern, sei es aus dem benachbarten Ausland und hier ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Es ist auch das Gebot der Stunde, dafür zu sorgen, dass Wien auch als Wirtschaftsstandort beliebt bleibt. Das alles erfordert ein hohes Maß an Neubautätigkeit und Entwicklungstätigkeit. Es bedeutet, dass es bei Arealen, die wir heute noch als Brachen erleben, als Baulücken erleben, oder die hinter Mauern ganz einfach vor den Augen der Allgemeinheit verborgen sind, wie etwa die Kasernenareale des Bundes, die demnächst zur Entwicklung an Investorinnen und Investoren weitergegeben werden, wie gesagt, ein hohes Maß an Veränderung mit sich bringt. Diese Veränderung braucht die Stadt. Wie wir aber diese Veränderung erreichen, unter Einbindung der Bevölkerung und mit ihrem Konsens, das ist eine hohe Kunst. Daran müssen wir arbeiten und das wird auch einer der wesentlichen Schwerpunkte meiner Arbeit im Jahr 2012 sein.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Sie haben hier dargestellt, was an Veränderungsprozessen in der Verwaltung vor sich gehen soll. Das ist sicher wichtig. Aus meiner Sicht stellt sich natürlich auch die Frage - wir sind hier im Landtag -, was an Veränderungsprozessen in der Gesetzgebung vor sich geht, insbesondere in der Frage in den verschiedensten Demokratiebereichen und dann natürlich auch die Frage, was das für das Wahlrecht heißt.

Wird es von Ihrer Seite auch eine Initiative für ein faires Wahlrecht geben, weil wir wissen, dass es zur Akzeptanz der Bevölkerung gehört, dass sie den Eindruck hat, dass jede Stimme gleichviel wert ist?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Meinerseits gab es, gibt es und wird es weiterhin ein klares Bekenntnis zu einem fairen Verhältniswahlrecht und auch alle Anstrengungen, dieses zu erreichen, geben.

Sie wissen, dass hier entsprechende Gespräche im rot-grünen Regierungsübereinkommen festgeschrieben sind. Diese finden statt und ich bin davon überzeugt, dass sie ein gutes Ergebnis hervorbringen werden, mit dem wir alle mitgehen werden können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Maresch. - Ich bitte darum.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

In Wien gibt es schon seit einigen Jahren einen Bürgerbeteiligungsprozess, der sich Lokale Agenda 21 nennt. Dazu ist im Koalitionsübereinkommen gemeinsam eine Weiterentwicklung beschlossen worden. Wie geht es jetzt weiter mit der Lokalen Agenda 21?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Landesrätin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die Lokale Agenda 21 ist ein Projekt, mit dem Wien seinerzeit eine Pionierrolle unter europäischen Städten eingenommen hat und das nach mehrjährigem Bestehen als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden kann. Umso mehr freut es mich, dass es zu einer Fortsetzung des Projekts kommt.

Aktuell gibt es Anträge zur Fortsetzung seitens des 3. Bezirks und auch des 8. Bezirks. Ich weiß auch, dass sich weitere Bezirke gerade in einem Überlegungsprozess befinden, mit dem Ziel, die Lokale Agenda 21 entweder fortzusetzen oder aber erst damit zu beginnen.

Ich möchte meinen, weil das Thema der heutigen Fragestunde in diesem Fall einmal mehr das sehr wichtige Thema der Partizipation ist, dass man die Lokale Agenda 21 deshalb als sehr wichtiges ergänzendes Instrument zu jenen Wegen betrachten muss, die ich bereits geschildert habe, weil die Agenda eben nicht seitens der Behörden gesteuert oder eingeleitet wird, sondern vielmehr ein Bottom-up-Prozess ist, an dem Bürgerinnen und Bürger von sich aus, ohne konkreten Anlass und ohne Aufforderung in dem Sinne Ideen für ihre unmittelbare Umgebung, für ihre Straße, für ihr Grätzl entwickeln, die dann schlussendlich Eingang in die Planung der Stadt finden. Ich glaube, dass das eine wesentliche Bereicherung für die Art und Weise ist, wie wir die Stadt weiterentwickeln.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Dr Wansch. Ich bitte darum.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich bin ein Schüler der Wiener Verfassungsrechtsschule, die sich im Wesentlichen durch die Kenntnisse über den Stufenbau der Rechtsordnung auszeichnet. Die Grundlage der Rechtsordnung ist die Verfassung. Sie haben in Ihren gestrigen Anfragebeantwortungen und auch heute ein bisschen gezeigt, dass Sie die Instrumente der Verfassung zur direkten Demokratie durch Gebilde

mit kreativen Namen ersetzen wollen. Diese partizipativen Prozesse sind recht kreativ. Sie haben uns auch erzählt, dass Sie einen Auftrag gegeben haben, einen Leitfaden für derartige partizipative Prozesse zu erstellen, der dann in einem Handbuch münden soll. Dieses Handbuch soll dann verbindlich werden. Ohne jede rechtsstaatliche demokratische Grundlage werden Sie dann verfügen, dass das Ganze verbindlich ist.

Zu den Bedenken zu dieser Vorgangsweise aus verfassungsrechtlicher Sicht meine Frage: Dieser Auftrag wurde an wen, zu welchen Kosten, auf Grundlage welchen Vergabeverfahrens vergeben? Bezahlen das Ganze die Wienerinnen und Wiener, die Steuerzahler? Oder bezahlt der Klub der Grünen dieses demokratiepolitische Projekt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich glaube, wir müssen zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist, welche Schritte setzen wir, um Konsens zu erreichen, um frühestmögliche Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen und darüber hinaus zu erreichen, dass von vornherein eine Konfliktsituation nicht entsteht. Das nenne ich Partizipation. Partizipation ist nicht etwas, was von den GRÜNEN, geschweige denn, von mir, erfunden worden ist. Es ist auch kein hochkomplexer Begriff. Es ist ein Gebot der Stunde. Es ist ein, nicht nur gesamteuropäischer, sondern geradezu weltweiter Trend, sogar etwas, das die Politik im 21. Jahrhundert vor große Herausforderungen stellt, weil die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger ständig steigen. Und das ist gut so. Das heißt, es ist unsere Aufgabe, in diesem Bereich Instrumente zu entwickeln und diese in einem weiteren Schritt möglichst verbindlich zu machen. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Etwas anderes sind die Instrumente der direkten Demokratie, die meistens dann zur Anwendung kommen, wenn etwas bereits ein Konfliktfall ist. Das liegt in der Natur der Dinge. Ich bin sicher, der eine oder andere von Ihnen wird vielleicht darüber nachdenken und auf irgendwelche Beispiele kommen, wo Instrumente der direkten Demokratie eingesetzt wurden, auch ohne dass es einen Konflikt gegeben hätte, im Hintergrund etwa, weil man, warum auch immer, das Volk über seine Meinung zu irgendeiner Angelegenheit ohne Anlass befragen wollte. Aber in der Regel, und die Praxis der Politik zeigt das, kommen Instrumente der direkten Demokratie dann zur Anwendung, einmal mehr, wenn etwas sehr unterschiedliche Meinungen hervorruft und man auf diese Art und Weise eine abschließende Klarheit haben möchte, ob nun eine Mehrheit oder eine relative Mehrheit einen bestimmten Weg begrüßen würde oder nicht.

Sie sehen daher, und das ist vollkommen klar, dass das eine Instrument das andere in keinster Art und Weise ersetzen kann. Es geht darum, vorgelagert Konsens zu erreichen und, wie gesagt, wo dieser nicht möglich ist, ganz klare demokratische verbindliche Standards dafür zu haben, wie ich dann in dieser Situation mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehe, wie ich sicherstelle, dass für sie eine Sicherheit da ist, eine Klarheit da ist, was

ihnen zusteht und was nicht, und das unabhängig davon, wo sie zufälligerweise gerade ihre Adresse haben. Darum geht es, und um nicht mehr.

Selbstverständlich, wenn es darum geht, Standards verbindlich zu machen, gibt es mehrere Wege, aber es gibt einen Weg, der den Landtag betreffen könnte. Das ist natürlich, dass vielleicht die eine oder andere Bestimmung konkret Eingang in die Gesetzesmaterie findet und somit dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Was es sein wird, kann ich zum heutigen Zeitpunkt deshalb noch nicht sagen, denn im Laufe des Jahres 2012 wird der Vorschlag vorgelegt. Er wird zu diskutieren sein, auch mit Ihnen von der Opposition, aber selbstverständlich auch in den beiden Regierungsfractionen. Wenn sich ein klarer Weg abzeichnet, werden wir wissen, welche der Bestimmungen konkret in die Gesetzesmaterie Eingang finden sollen und welche nicht. Das heißt, von der rechtlichen Seite ist die Vorgangsweise absolut klar.

Zu Ihrer konkreten Frage, wer beauftragt wurde: Uns stehen mehrere Magistratsabteilungen zur Verfügung, insbesondere die MA 18, die für Stadtentwicklungsangelegenheiten zuständig ist, und die MA 21A und MA 21B, die konkret für Planungs- und Widmungsangelegenheiten zuständig sind. Glauben Sie mir, die Beamtinnen und Beamten des Hauses verfügen über jene Qualifikationen, die es braucht, um entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Wir haben jetzt gehört, dass 2012 das Jahr der Veränderungen, auch der gesetzlichen Veränderungen, wird. Wir gehen daher davon aus, dass im Jahr 2012 auch die Verfassungsänderung betreffend das Wahlrecht über die Bühne gehen wird. Es hat leider seit April über diese Frage keine Gespräche mit den Oppositionsparteien gegeben.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese in den allernächsten Tagen wieder stattfinden werden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Das Jahr 2012 wird ein Jahr der Veränderung. Das Jahr 2013 wird noch mehr ein Jahr der Veränderung. Wir freuen uns auf jedes Jahr der Veränderung, das auf uns zukommt. (*Beifall von Abg Ing Isabella Leeb.*)

Selbstverständlich werde ich diesbezüglich mit meinem Klubobmann Rücksprache halten. Ich bin der Meinung, dass die Opposition gerade bei so wichtigen Fragen wie das Wahlrecht selbstverständlich einzubinden ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Die 4. Anfrage (FSP - 03856-2011/0001 - KFP/LM) wurde von Herrn Abg Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (*Die Erstellung der Liste so genannter Kampfhunde, basierend auf dem*

Wiener Tierhaltegesetzes, das mit 1. Juli 2010 in Kraft getreten ist, beruht Ihren Aussagen nach auf der Biss-Häufigkeit dieser Hunderassen. In Wien gibt es - im Gegensatz zu anderen Bundesländern und anderen europäischen Städten - keine offizielle Biss-Statistik, die getrennt nach Hunderassen und Art der Biss-Attacke (gegen Menschen, gegen Artgenossen, gefährliches Anspringen) die tatsächliche Häufigkeit von Hundebissen belegt. Werden Sie dieses Gesetz bzw. diese Verordnung trotz des nachweislich fehlenden seriösen Datenmaterials aufrecht halten?)

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Frage beschäftigt sich mit dem Thema der sogenannten Kampfhunde.

Herr Abgeordneter, ich glaube, ich muss Sie im Zusammenhang mit der Beantwortung dieser Frage daran erinnern, dass wir im Februar 2010 unter anderem mit einer Frage zum Thema Wiener Hundeführschein eine Volksbefragung abgehalten haben. Das war die Frage, die die höchste Zustimmung bekommen hat, nämlich 89 Prozent der Wienerinnen und Wiener haben sich damals für einen verpflichtenden Hundeführschein für sogenannte Kampfhunde ausgesprochen.

Wir haben vor der Volksbefragung, und das habe ich sehr bewusst gemacht, alle Fakten auf den Tisch gelegt. Die Rassen waren bekannt. Das Prozedere war bekannt. Die Kosten waren bekannt. Das Ergebnis war mit 89 Prozent eine überwältigende Mehrheit, die sich dafür ausgesprochen hat.

Aus Ihrer heutigen Anfrage, die in eine ganz andere Richtung geht, kann ich eigentlich nur schließen, dass es Ihnen offensichtlich schwerfällt, dieses Ergebnis der direkten Demokratie zu akzeptieren. Das belegt auch, dass es beim Verfassungsgerichtshof eine Klage mit Unterstützung der FPÖ gegeben hat. Dort wollte ein Besitzer eines American Staffordshire Terriers diese Liste bekämpfen. Aber wir haben auch vom Verfassungsgerichtshof recht bekommen. Laut Verfassungsgerichtshof ist der Wiener Hundeführschein verfassungskonform. Ich zitiere jetzt aus dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes: „Der Verfassungsgerichtshof hat an sich keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen gesetzliche Regelungen, mit denen die Zulässigkeit der Haltung von Tieren, von denen potenziell eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen ausgeht, an die Bedingungen geknüpft wird, dass sich die Halter dieser Tiere mit den besonderen Gefahren und wie diesen durch eine sachgerechte Haltung begegnet werden kann, vertraut machen.“ - Also auch hier hat es Zustimmung gegen. Noch dazu hat der Verfassungsgerichtshof darauf hingewiesen, weil es hier um eine Terrierrasse ging, dass Hunde dieser Terrierrasse im Jahr 2009 12 Prozent aller Hundebisse in Wien verursacht hätten. „In Anbetracht dessen,“ - ich zitiere wieder – „dass vor allem die Bissigkeit von Hunden ein relevantes Kriterium für die Gefährlichkeit der betreffenden Rasse für Menschen darstellt, sei dem der Stadt Wien nicht entgegenzutreten, wenn diese Hunderasse neben allen weiteren gelisteten

als hundeführscheinpflichtig eingestuft werde.", heißt es im Erkenntnis.

Darüber hinaus gibt es seit dem Jahr 2007 auch ein, finde ich, relativ gutes und seriöses Datenmaterial. Die Quintessenz aus diesem Datenmaterial ist, dass eben 5 Prozent der Hunderassen, nämlich der gelisteten Hunderassen, 25 Prozent der Hundebisse in Wien verursachen.

5 Prozent der Hunderassen deswegen, weil wir seit dem Anmeldeverfahren für den Wiener Hundeführschein sehr genau wissen, wie viele der sogenannten Kampfhunde wir jetzt in Wien haben. Nur zum Vergleich, weil das immer wieder angeführt wird, der Schäferhund verursacht 4,5 Prozent der Bisse. Er ist auch in der Liste nicht auf Platz 1, wie behauptet, sondern auf Platz 4.

Weiters zeigen auch die Erfahrungen der Dienststellen, der Bundespolizeidirektion, des Magistrats, der Tierschutzombudsstelle, dass gerade die Vorfälle mit wirklich schwerwiegenden Verletzungsfolgen vor allem von Hunden dieser Liste ausgeht, weil das auch die Hunde sind, die von der Beißkraft her die größeren Möglichkeiten haben und dadurch auch viel größere Verletzungen anrichten können.

Was dazu kommt, ist, und das ist ein gravierender Unterschied zwischen diesen sogenannten Kampfhunden und anderen Hunden, dass diese Hunde sozusagen von ihrem Beuteschema her auf Kleines ausgerichtet sind. Sie gehen auf kleine Menschen, deswegen sind sehr oft leider auch Kinder involviert, oder auf andere Tiere, auf Artgenossen. Auch das ist eine typische Verhaltensfolge dieser sogenannten Kampfhunde. Das ist für mich ein zusätzlicher Grund, wieso es, glaube ich, sehr klug war, das so zu regeln.

Ich erhoffe mir dadurch, dass es ähnlich wie in Berlin oder Hamburg zu einem Rückgang von Bissverletzungen und Vorfällen kommt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt der Herr Abg Univ-Prof Dr Eisenstein.

Abg Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Vielen Dank für die Beantwortung, Frau Landesrätin! Guten Morgen!

Wir haben uns schon öfters darüber unterhalten und wir werden das in Zukunft vielleicht noch ein paar Mal tun. Ich erspare mir jetzt wieder lange Vorreden. Wann immer wir einander gegenüber oder vis-à-vis stehen, wissen wir beide, was die Intention des anderen ist.

Es geht gar nicht so sehr um den Hundeführschein an sich, sondern es geht um die Erstellung dieser Liste. Sie selbst haben gerade Hamburg und Berlin angesprochen. Dort gibt es Untersuchungen, in Berlin von der Freien Universität Berlin, die eine Reihung der gefährlichen Hunderassen vorgenommen hat. Ich weiß aber bis heute nicht, worauf die Liste, auf die sich Wien bezieht, eigentlich basiert. Ist das nur die Meinung von einigen durchaus gutwilligen Rathausmitarbeitern oder basiert sie wirklich auf einer Untersuchung?

Jetzt haben wir, Sie haben es selbst gesagt, Daten aus 2007 bis 2009. In einer heutigen Gratiszeitung sind Sie mit Teilen dessen, was Sie mir gerade gesagt haben, zitiert. In dieser heutigen Gratiszeitung stehen auch diese sogenannten Kampfhunde.

Der langen Rede kurzer Sinn: Sehr geehrte Frau Landesrätin, worauf basiert denn diese Liste, die wir jetzt haben? Sie haben selbst angekündigt, 2013 wird es eine Evaluation geben, man kann auch noch einmal darüber reden, ob man andere Rassen aufnimmt. Worauf basiert diese Liste wirklich? Was ist eigentlich der Ursprung? Worauf basiert diese Statistik, auf die sich sozusagen die Wiener Kampfhundeliste gründet?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amts StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Abgeordneter!

Darin ist eine Vielzahl von Faktoren eingeflossen. Wir haben natürlich mit Hamburg und Berlin, die das schon seit vielen Jahren haben, im Vorfeld sehr eng kooperiert und im Wesentlichen die Rasselisten von dort übernommen, die es übrigens in fast allen deutschen Bundesländern gibt. Natürlich haben wir über die Tierschutzombudsstelle auch Expertinnen und Experten zu diesem Thema einbezogen. Wir haben, und das ist mir schon auch wichtig, vor der Volksbefragung die Fakten ganz genau auf den Tisch gelegt. Das heißt, wir haben die Wienerinnen und Wiener nicht über irgendeine Schimäre abstimmen lassen, sondern es war ganz klar, um welche Listenhunde es sich handelt. Ich glaube, dass das eine sehr gute und auch demokratisch ordentliche Vorgangsweise war.

Wir haben vor, diese Liste - das stimmt - nach einer gewissen Zeit, wo sich das bewähren und einspielen kann, zu evaluieren. Dann werden wir einfach darauf schauen, ob es notwendig ist, diese Liste auszuweiten oder nicht. Ich bin jetzt einmal wirklich sehr zufrieden. Wir haben schon über 4 000 Personen, die diesen Hundeführschein absolviert haben. Das ist aber nicht mit Kampfhunden in Wien gleichzusetzen, weil oft mehrere Familienmitglieder den Hundeführschein für ein und denselben Hund machen. Das heißt, das muss man dann, damit es nicht zu Verwechslungen kommt, noch herausrechnen.

Ich finde, das ist etwas, was wirklich sehr gut funktioniert. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit einen guten Weg eingeschlagen haben, um das Miteinander in der Stadt weiter zu fördern, weil Hunde in der Stadt, wo es einfach weniger Raum und weniger Möglichkeiten gibt, sind einfach ein Konfliktpotenzial. Es ist wichtig, dass sich die Hundehalter und Hundehalterinnen, ebenso wie die anderen Menschen, auch an Spielregeln halten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Rubik. - Ich ersuche darum.

Abg Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Einen wunderschönen guten Morgen!

Meine Frage geht in die Richtung mit der Regelung von 2010 zum Tierschutzgesetz, das novelliert wurde. Mich würde interessieren: Welche Verbesserungen brachte diese Novellierung?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amts StRin Mag Ulli **Sima**: Frau Abgeordnete!

Neben dem ganzen Regelwerk für den Hundeführschein und den detaillierten Bestimmungen, die wir dann noch in einer eigenen Verordnung umgesetzt haben, war es uns wichtig, auch auf die Wünsche der Wiener Polizei

einzugehen. Dieser war es wiederum wichtig, in Gefahrensituationen schneller handeln zu können. Davor war es so, wenn ein Hund in einer Gefahrensituation, sprich, nach oder während einer Attacke, aufgegriffen worden ist, musste man erst ein sehr mühevolleres Verfahren abwickeln, das sich oft über einige Zeit, zumindest Tage, hingezogen hat, bevor es dann zu einer Abnahme des Hundes kommen konnte. Jetzt haben wir die Möglichkeit geschaffen, wenn wirklich ein Hund Menschen oder andere Tiere in einer Art und Weise gefährdet oder attackiert, dass die Polizei diesen Hund sofort abnehmen kann. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Wir haben auch das verpflichtende Mitführen des Hundeführscheins vorgeschrieben, damit man sofort überprüfen kann, ob derjenige auch den Hundeführschein gemacht hat oder nicht. Wird ein Hundehalter mit einem sogenannten Kampfhund ohne Hundeführschein aufgegriffen, dann hat die Polizei die Möglichkeit, zu sagen, binnen drei Monaten muss er nachgemacht werden und eine Verwaltungsstrafe auszusprechen. Aber wird ein Hundehalter mit einem sogenannten Kampfhund ohne Hundeführschein in einer gefährlichen Situation aufgegriffen, ist die Möglichkeit gegeben, diesen gleich abzunehmen. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Behörden die Möglichkeit haben, wenn Dinge passieren, gleich zu handeln. Weil kein Bürger und keine Bürgerin verstehen, wenn er oder sie lebensgefährlich verletzt wird, dass es dann noch zwei, drei Tage dauert, bis ein Verfahren mit Parteiengehör und Einspruchsrecht und so weiter durchgeführt worden ist, das sich dann doch über längere Zeit zieht, sondern es wird erwartet, dass dann sofort Taten gesetzt werden.

Wir haben auch einen Strafraum von bis zu 3 500 EUR bei Zuwiderhandeln gegen diese gesetzlichen Bestimmungen festgelegt. Auch das ist, glaube ich, wichtig, dass man schon signalisiert, dass es Spielregeln gibt und wer sich nicht daran hält, natürlich mit Strafen und Strafzahlungen zu rechnen hat.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landesrätin!

Ich nehme an, Sie werden uns mitteilen, wie viele von denen, die angetreten sind, bei der Prüfung bisher durchgefallen sind. Aber meine Frage geht dahin: Wie hoch ist die Zahl der Bisse? Ist die Zahl der Bisse zurückgegangen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Abgeordneter!

Das Datenmaterial vor dem Jahr 2007 ist sehr, sage ich einmal, ungenau, weil wir von der Polizei nicht alle Bissvorfälle gemeldet bekommen haben. Wir haben deswegen versucht, das aus der Aktenlage, aus dem ganzen Papierberg herauszuarbeiten. Deswegen liegen jetzt erstmals wirkliche Zahlen und Daten vor. Wir werden dann versuchen, anhand dieser Daten zu schauen, ob es einen Rückgang oder ob es eine Besserung gibt.

Ich kann Ihnen nur sagen, in Berlin und Hamburg hat es signifikante Rückgänge gegeben, nachdem dort eine ähnliche Kampfhunderegulation eingeführt worden ist. Ich

erhoffe und erwarte mir das auch für Wien. Sollte das nicht der Fall sein, muss man über eine Verschärfung oder eine Änderung natürlich nachdenken. Aber dafür ist die Zeit noch zu jung.

Was wir auch gemacht haben, und was für die Zukunft, für das Zusammenführen des statistischen Materials, auch sehr hilfreich sein wird, ist, dass wir mit Neuschaffung des Hundeführscheins die Kompetenzen, die Straf- und Verfahrensbehörde, in der MA 58 zentralisiert haben und das nicht mehr über die einzelnen Magistratischen Bezirksämter abgehandelt wird, wo es natürlich wesentlich schwieriger war, die ganzen Daten, verteilt über x Magistratische Bezirksämter, dann zusammenzuführen. Auch so versuchen wir, die statistische Lage etwas zu verbessern, um dann eine Beurteilungsgrundlage bei einer Evaluierung zu haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Frage stellt Herr Abg Mag Maresch. - Bitte.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Die Evaluierung steht bald ins Haus. Deswegen meine Frage: Wie wird man mit den anderen Hunderassen umgehen, weil es ist immer eine Debatte, was ein Kampfhund ist, was kein Kampfhund ist? Wie werden wir damit umgehen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Abgeordneter!

Wir haben uns im gemeinsamen Koalitionsübereinkommen darauf geeinigt, eine Evaluierung durchzuführen, 2014, wenn ich mich recht erinnere. Ich glaube, das stimmt. Dann werden wir einfach, wie gesagt, schauen, wie wir mit den anderen Hunderassen umgehen. Aber es braucht einfach ein bisschen Zeit, bis sich die jetzige Regelung einmal eingespielt hat.

Die Übergangsfrist hat erst mit 1. Juli 2011 geendet. Das heißt, seit 1. Juli dieses Jahres müssen wirklich alle Halter sogenannter Kampfhunde einen Hundeführschein haben. Man wird dann einfach beurteilen, ob es die Notwendigkeit gibt, das auszuweiten oder ob wir mit der Regelung das Auslangen finden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Abg Univ-Prof Dr Eisenstein.

Abg Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Landesrätin!

Nur eine kurze Berichtigung, weil das möglicherweise falsch hinüberkommt: Ich und meine Fraktion sind eher für eine Verbreiterung des Hundeführscheins, nicht für eine Abschaffung des Hundeführscheins, nur damit das hier nicht falsch im Raum stehen bleibt.

Ich habe den Eindruck, dass die Bisshäufigkeit eher gestiegen ist, kann aber keine Zahlen nennen. Das wird sich dann ja herausstellen. Ich glaube, sehr geehrte Frau Landesrätin, Sie haben mir einmal gesagt, 2013 werden Sie evaluieren, ist aber egal, kommt nicht darauf an.

Ich habe jetzt noch eine Frage, sehr geehrte Frau Landesrätin, nicht direkt zu den gefährlichen Hunderassen, sondern zum Wiener Tierhaltegesetz an sich. Im Wiener Tierhaltegesetz ist auch die Schutzhundeausbildung geregelt, in dem Sinn, dass sie abgesetzt wurde. Ich finde das persönlich sehr schade, weil ich denke,

dass eine Schutzhundeausbildung doch ein Gefühl der Sicherheit auch für Private, denn wir reden jetzt natürlich nicht von Polizeihunden und Feuerwehrrunden, geben könnte.

Könnte man vielleicht überlegen, die Schutzhundeausbildung doch wieder zuzulassen? Könnte man das vielleicht auch im Rahmen einer Evaluierung des ganzen Gesetzes überdenken?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Abgeordneter!

Die Debatte in den Tierschutzkreisen geht in eine völlig andere Richtung, weil die Schutzhundeausbildung nichts anderes ist, als das Scharfmachen eines Hundes zu Verteidigungszwecken. Die Grenze, sagen wir so, ist halt eine sehr schmale zu einem Missbrauch. Das muss man schon sagen. Aus diesem Grund haben wir uns auch entschlossen, diesen Schritt zu setzen. Das ist mittlerweile eine österreichweite Diskussion geworden, das auch in anderen Bundesländern oder sogar bundesgesetzlich zu regeln, weil es immer wieder sehr große Kritikpunkte in diesem Bereich gibt.

Mir ist schon klar, und deswegen haben wir auch den sportlichen Bereich ausgenommen, dass es sicher sehr viele gibt, die sich in diesem Bereich nichts zu Schulden kommen lassen, aber es gibt doch eine große Zahl von schwarzen Schafen. Aus diesem Grund haben wir uns zu diesem Schritt entschieden. Ich glaube, dass es in Österreich eine ähnliche Entwicklung geben wird, so wie die Diskussion zur Zeit in diesem Bereich läuft.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Die 5. Anfrage (FSP - 03857-2011/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Norbert Walter gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. (Werden Sie sich für eine Änderung der Wiener Bauordnung dahingehend einsetzen, dass historisch gewachsene Ortskerne im Wiener Landesgebiet verstärkt berücksichtigt und geschützt werden?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag!

In Beantwortung Ihrer Frage, Herr LAbg Walter, betreffend Wiener Bauordnung und historisch gewachsene Ortskerne im Wiener Landesgebiet möchte ich Ihnen hier Folgendes antworten:

Die Gewährleistung des Bestandes von Gebieten, die wegen ihres örtlichen Stadtbildes in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltungswürdig sind, stellt im Sinne des § 1 Abs 2 Z 14 der Bauordnung für Wien eines der Ziele dar, auf die bei der Festsetzung und Abänderung der Flächenwidmungspläne und der Bebauungspläne jedenfalls Bedacht zu nehmen ist. Demgemäß besteht die Möglichkeit, die Festlegungen der Bebauungspläne für solche Gebiete insbesondere hinsichtlich der Höhenentwicklung und der bebaubaren Fläche bestandsorientiert zu treffen. Darüber hinaus können die wegen ihres örtlichen Stadtbildes in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltungswürdigen Gebiete in den Bebauungsplänen gemäß § 7 der Bauordnung als Schutzzonen ausgewiesen werden, wobei in solchen Gebieten sowohl der Ab-

bruch von Bauwerken als auch die Errichtung neuer beziehungsweise die Änderung bestehender Gebäude nur bei Vorliegen der im Gesetz bestimmten Voraussetzungen zulässig ist.

Das heißt, um es auf den Punkt zu bringen, ich bin der Meinung, dass das Instrument der Bauordnung schon jetzt alle von dir angestrebten Möglichkeiten beinhaltet.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Norbert Walter. - Ich ersuche darum.

Abg Norbert **Walter**, MAS (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Präsident! Herr Landesrat!

Wenn dem so sein sollte, dann frage ich Sie: Sehen sie nicht auch noch Bedarf hinsichtlich der Ortskerne, die zum Teil schon umgestaltet worden sind, wo die Bevölkerung aber überhaupt nicht zufrieden ist und gerade die ortsansässige Bevölkerung immer wieder davon spricht, dass die Identitäten verloren gehen und damit natürlich auch entwurzelte Ortskerne insofern stattfinden, weil das Erscheinungsbild überhaupt nichts mehr mit dem ursprünglichen zu tun hat? Ich sage jetzt nur ein Beispiel, das ist Grinzing. Ich weiß, dort diskutiert man schon lange. Es gibt auch dieses 50-Orte-Programm, das der Kollege Troch gestern in seiner Rede erwähnt hat.

Jetzt frage ich Sie: Sehen Sie nicht auch Bedarf, dass man die ortsansässige Bevölkerung partizipativ, oder wie auch immer, stärker einbindet?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Abgeordneter!

Wir haben bei der letzten Novelle der Bauordnung Folgendes gemeinsam, in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe, besprochen, nämlich, dass es, wenn man so will, zwei kommunizierende Gefäße gibt, die ganz eng miteinander verbunden sind. Das eine sind die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und das andere ist das Umsetzen mit Hilfe der Bauordnung. Das steht auch in einem direkten Zusammenhang. Es gibt im Wesentlichen zwei Zugänge. Das eine ist, dass man sagt, die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sind relativ starr und mit Hilfe der Bauordnung gibt es auf Grund der Wünsche der Bezirke - das sollte man hier nicht vergessen - auch eine gewisse Flexibilität der Handhabung. Die umgekehrte Variante würde vorsehen, dass es eine stärkere Flexibilität in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und ein starrer System in der Umsetzung der Bauordnung gäbe.

Wir haben uns in Wien in den letzten Jahren schon immer dafür entschieden, dass wir gesagt haben, es soll eigentlich ein sehr rigides System bei den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen geben, Umwidmungen sind nur mit einem sehr großen Aufwand und in enger Kooperation auch mit den Bezirken, mit der Bevölkerung möglich, dafür gibt es aber eine gewisse Flexibilität, auch durch Eingreifen der Bezirke, zum Beispiel mit dem § 69, den wir auf Grund der letzten Novelle der Bauordnung, auch auf Wunsch der Bezirke, sehr stark geändert haben und womit wir versucht haben, bestimmte Auswüchse in den Griff zu bekommen. Ich glaube, wichtig ist, dass man sieht, welche Möglichkeiten es jetzt schon durch das

Instrument der Bauordnung gibt und dass man manche Dinge vielleicht noch stärker in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen festlegt, zum Beispiel auch die Höhe von Gebäuden oder die Ausgestaltung von Gebäuden, Anordnung von Giebeln, beispielsweise, Reihenhausharakter, vieles andere mehr. Diese Möglichkeit gibt und gäbe es jetzt auch schon.

Bei dem Beispiel, das du jetzt angeführt hast, was Grinzing betrifft, glaube ich, ist es wichtig, dass man auch die Schutzzonen, die es in Grinzing und in anderen Gebieten unserer Stadt gibt, sehr ernst nimmt. Wir haben festgelegt, dass es auf Grund dieser Schutzzonen beispielsweise notwendig ist, einen Abbruch eines Gebäudes zu bewilligen. In anderen Teilen der Stadt muss man den Abbruch eines Gebäudes nur anzeigen. Dort ist er bewilligungspflichtig. Es muss entweder eine technische oder eine wirtschaftliche Abbruchreife gegeben sein, die auch entsprechend überprüft wird. Wenn man so will, gibt es hier auch einen sehr strengen Zugang, der von den jeweiligen Magistratsabteilungen ausgeschöpft wird. Aber, wie gesagt, es ist hier notwendig, die ganz enge Verbindung zwischen den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen auf der einen Seite und der Bauordnung auf der anderen Seite zu sehen, auch zu nutzen.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die von dir angesprochenen Möglichkeiten in der jetzigen Bauordnung durchaus gegeben sind.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Dipl-Ing Gretner. - Ich bitte darum.

Abg Dipl-Ing Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Wohnbaurat!

Ich verstehe die Besorgnis des Kollegen Walter. Es ist uns allen, glaube ich, ein großes Anliegen, die Identität dieser Ortskerne zu bewahren.

Sie haben jetzt in Ihrer Antwort diese überparteiliche Arbeitsgruppe angesprochen, wo wir vor, ich glaube, einstweilen zweieinhalb, drei Jahren gemeinsam recht intensiv an einer Reform der Bauordnung gearbeitet haben. Wir haben im Regierungsübereinkommen auch festgehalten, dass wir Reformen in der Bauordnung wieder durchführen wollen. Wird es wieder eine solche überparteiliche Arbeitsgruppe geben? Und wann kann man damit rechnen, dass wir uns dazu wieder treffen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Frau Abgeordnete!

Wir sammeln derzeit gerade Anregungen, die in einer Novelle der Bauordnung ihren Platz haben sollen. Ich glaube, ich bin bekannt dafür, dass ich Entscheidungen gerne auch überfraktionell diskutiere, wenngleich man dann natürlich zu Entscheidungen kommen muss. Aber ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Monaten mit Gesprächen beginnen können, was eine neuerliche Novelle der Bauordnung betrifft.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Meyer. Ich bitte darum.

Abg Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Grüß Gott, Herr Landesrat!

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Wenn Sie das Mikrofon bitte zu sich drehen.

Abg Uta **Meyer** (*fortsetzend*): Sünden, die durch die

Flächenumwidmungen gegen den Bürgerwillen entstanden sind, sind groß, vor allem im 19. Bezirk. Da muss ich jetzt ein Beispiel bringen. Und zwar gab es bei der Vienna einen Parkplatz, der der Gemeinde Wien gehörte und damals an einen privaten Investor um 120 EUR verkauft wurde, was allen völlig unverständlich war, denn der Grundstückspreis belief sich zwischen 500 und 600 EUR. Das nur einmal zur Einführung.

Das Einzige, was „Pro Heiligenstadt“ - es gab eine Riesenbürgerinitiative - geschafft hat, war, gegen die Stimmen von ÖVP und SPÖ zu verhindern, dass ein Riesenbürokomplex Ecke Klabundgasse/Gallmeyergasse hingebaut wurde. Aber dieses Grundstück, dieser Parkplatz, wurde dann zu fast 70 Prozent mit teuren Eigentumswohnungen zubetoniert. - Das zum einen.

Meine Frage an Sie: Wie werden Sie zum Beispiel die Hohe Warte, die eine Schenkung von Andrassy war, die von der Stadt Wien an einen wirklichen Spekulanten, der jetzt als Kriegsverbrecher im Gefängnis sitzt - und das dümpelt vor sich hin, das Gebäude wird verfallen, es wird abgerissen werden, und dort wird wieder eine Betonwüste entstehen ... Das ist ein sensibles Kernstück von Döbling, auf Neustift will ich gar nicht eingehen. Aber das sind wirklich Sachen, wo die Gemeinde Wien etwas machen könnte. Es wäre ja ein Vorschlag der Verkauf dieses Gebäudes.

Warum kann das die Stadt Wien nicht wieder zurücknehmen und es einem sozialen Zweck zuführen, wofür die Stiftung eigentlich angedacht war? Das ist meine Frage an Sie, ob Sie das überhaupt realisieren könnten, dieses Gebäude, dieses große Areal wieder einem sozialen Zweck zuzuführen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Ich denke, dass das die Kompetenzen meines Ressorts weit überschreitet. Ich bin im Wohnbauressort für die Einrichtung sozialer Organisationen nicht zuständig. Das ist eine Frage, die andere und mehrere Ressorts betreffen würde.

Aber generell würde ich meinen, dass Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ja nicht gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden können. Denn Flächenwidmungs- und Bebauungspläne werden im Wiener Gemeinderat beschlossen, und ich gehe davon aus, dass der Wiener Gemeinderat auch Ausdruck des Bevölkerungswillens ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abg Walter.

Abg Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Mir ist schon klar, dass man jetzt mit der bestehenden Bauordnung sehr viel machen kann. Nichtsdestoweniger haben wir immer wieder das Thema, dass man durchaus auch positive Beispiele sehen kann. Ich sage einmal, zum Beispiel die Servitengasse im 9. Bezirk ist sicher ein sehr gelungenes Beispiel. Aber es gibt viele andere, wo es auch darum geht, nicht nur den Ortskern an sich zu erhalten, sondern mit der Identität braucht es auch Nahversorgung, braucht es soziale Einrichtungen und, und, und.

Wie sehen Sie das, und welche Instrumente würden Sie vorschlagen, um auch das noch viel stärker positiv herauszubringen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Ich denke, wie gesagt, dass prinzipiell die Instrumente der Bauordnung, was jetzt die Umsetzung dieser Projekte betrifft, ausreichend sind. Ich glaube, es ist notwendig, die Möglichkeiten der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne auszuschöpfen, also die Möglichkeiten, die hier gegeben sind, beispielsweise auch bis hin zur Höhe oder zur Ausgestaltung der Bauten, und dass die Nutzung direkt, also welche Nutzung vorgesehen ist, auch anderen Einrichtungen zusteht. Aber ich glaube, die Instrumente der Bauordnung sind hier durchaus ausreichend.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Umsetzung der Bauordnung im Rahmen eines Behördenverfahrens angelegt ist und eigentlich die Einbeziehung der Bezirke, wie das jetzt auch in dem angesprochenen Beispiel der Fall war, auch über die Bezirksbauausschüsse zwar Möglichkeiten der politischen Einflussnahme der Bezirke bietet, dass aber auch die Bezirksbauausschüsse Teil der Behörde im gesamten Verfahren sind. Von da her gibt es, glaube ich, auf der einen Seite eine Möglichkeit, ein gesamtes Behördenverfahren abzuwickeln und trotzdem die Bezirke auch entsprechend mit einzubeziehen.

Ich kann nur noch einmal darauf verweisen, dass es in diesem Zusammenhang sinnvoll und wichtig ist, auch die enge Verbindung zwischen den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und der Bauordnung zu sehen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde.

Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Gegen (un-)durchsichtige Inseratenvergaben - für ein Wiener Transparenzgesetz!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstedner, Herrn Abg Ing Mag Dworak, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, und weise darauf hin, dass die Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Präsident! Landesräte habe ich keine gesehen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: O ja, ich bin schon da!*) Oh - na ja, ein bisschen in der zweiten Reihe! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Bundeskanzler Werner Faymann hat offenbar das Beauftragen von Inseraten und Medienkooperationen in Wien gelernt und im Bund fortgesetzt. Wenn nun der ehemalige Vizebürgermeister Bernhard Görg im gestrigen „Kurier“ sich an die Vermietung des Bürohochhauses in der Taborstraße an Wiener Wohnen erinnert, dann kamen schon im Jahr 2000 die „News“-Macher, nämlich die Brüder Wolfgang und Helmut Fellner, durch den ehemaligen Wohnbaustadtrat Faymann in den Genuss von überhöhten Mieten an sie, denn anstelle der heute von der Stadt Wien bezahlten üblichen Büromieten von 10 bis 12 EUR wurden schon damals - bitte, damals im Jahr 2000 - 31,60 EUR, also das Dreifache, und noch dazu eine Mietvorauszahlung für 12,5 Jahre, nämlich

rund 2,7 Millionen EUR, bezahlt!

Das war damals sicher kein Ruhmesblatt für die Stadt Wien. Aber schon damals begann offenbar die enge Kooperation zwischen der Stadt Wien namens des damaligen Wohnbaustadtrates Faymann mit den Fellner-Brüdern, die heute die Zeitung „Österreich“ besitzen. Ich darf nur daran erinnern, dass die SPÖ im Nationalrat jetzt dem Untersuchungsgegenstand Medienkooperationen für die Untersuchungskommission zustimmen wird. Hier könnte sich die SPÖ-Wien ein großes Beispiel nehmen.

In Wien wurden dem PID, dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, seit 2003 die Mittel um 80 Prozent erhöht, nämlich auf heuer 47,4 Millionen EUR, also jährlich - meine Damen und Herren, stellen Sie sich das vor! - um 10 Prozent. Eine sehr starke Inflation, wenn wir die anderen Inflationsraten kennen, mit denen sich die Wienerinnen und Wiener täglich auseinandersetzen müssen! Eine starke Inflation, aber in Hinblick auf die unkontrollierten und unkontrollierbaren Medienausgaben der Stadt Wien ist das, glaube ich, kein Wunder. Denn dazwischen hat es Wahlen gegeben, und vor jeder Wahl sind diese Beträge immer etwas höher. Gemeinsam mit dem PID geben die Betriebe der Stadt Wien und die Stadt Wien somit selber rund 100 Millionen EUR aus.

In Wien muss man die Inserate im Allgemeinen nicht selbst beauftragen, wie dies aus dem Ministerbüro Faymann erfolgte, in Wien gibt es bekanntlich vorauseilenden Gehorsam bei den Betrieben der Stadt Wien. Hier werden Personen und Leistungen immer gemeinsam beworben, seien es auch - wir kennen das aus dem Umweltbereich - solche banalen Inserate wie jenes, dass es in Wien sauberes Wasser gibt. Viel Steuergeld wird auf diese Weise vernichtet, oder soll ich sagen, genehmen Medien in den Rachen geworfen?

Meine Damen und Herren! Wir wollen in Wien eine umfassende Kontrolle über diese Medieninserate und Medienkooperationen. Mit Hilfe eines neu zu schaffenden Wiener Transparenzgesetzes soll schon im Vorhinein - und ich betone, wirklich im Vorhinein, also ex ante! - über diese Ausgaben und deren Inhalte inklusive ebendieser Medienkooperation im Landtag informiert werden. Ganz besonders sollen alle Abteilungen und Unternehmen der Stadt Wien, die durch das Kontrollamt geprüft werden können, dem Geltungsbereich dieses Transparenzgesetzes unterliegen.

Im Vergleich zu dem im Bund vorgeschlagenen Medientransparenzgesetz soll dieses Wiener Transparenzgesetz deutlich mehr und umfassend sein. Es sollen nämlich diese Kooperationen vorher geprüft werden können und nicht jeweils im Nachhinein berichtet werden.

Ich darf Ihnen nur zwei, drei Punkte daraus vorlesen oder sie zitieren: Mit diesem umfassenden Paket wird der unabhängige Journalismus gestärkt. Kosten für Inserate und Kooperationen in Medien müssen in Zukunft offengelegt werden. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen betreffend die Transparenz von Inseraten. Offensichtlich ist das nicht nur hier in Wien so, aber ich habe schon gesagt, in Wien

hat der Herr Bundeskanzler das gelernt. Mit diesem Gesetz werden nunmehr alle Schaltungen transparent gemacht, überwacht von einer unabhängigen Behörde. Man kann von einer unabhängigen Behörde hier in Wien nur träumen.

Die mangelnde Transparenz dieser Geldflüsse an der Schnittstelle zwischen Politik und Medien stellte zwei wesentliche Grundwerte der freien Presse, nämlich die politische Unabhängigkeit und die publizistische Glaubwürdigkeit, in Frage. Um diesen Befürchtungen vorzubeugen, wird mit dem vorliegenden Gesetz umfassende Transparenz über staatliche Inserate in Zeitungen und in anderen periodischen Medien vorgesehen. Hier sollen eben die rechnungshofunterworfenen Rechtsträger überprüft werden können, und in unserem Fall sollen alle vom Wiener Kontrollamt geprüften Unternehmungen beziehungsweise Abteilungen der Stadt Wien geprüft werden.

Meine Damen und Herren! Wenn es ums Geld geht, dann darf ich wieder den „Kurier“ zitieren, nämlich den heutigen. Bei der Frage, worum sich die Regierung - in dem Fall die Bundesregierung - kümmern sollte, steht an erster Stelle mit 89 Prozent: Ausgaben einsparen. Und was, meine Damen und Herren, für die Bundesregierung gilt, wird wohl auch für die Wiener Regierenden gelten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es geht auch bei den Medienausgaben um unser Steuergeld. Und hier hat der Steuerzahler Anspruch darauf, zu erfahren, was mit seinem Steuergeld durch die Verantwortlichen dieser Stadt passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Für weitere Wortmeldungen erinnere ich daran, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur ein Mal zum Wort melden dürfen und die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Hebein gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch die Besucher und Besucherinnen auf der Galerie.

Wir haben heute das Thema Transparenz. Vielleicht beginne ich jetzt so: Ich bin davon überzeugt, dass die Frage der Transparenz, „Was machen Politiker/Politikerinnen, was machen wir mit den Steuergeldern?“, letzten Endes eine Frage ist: „Was ist uns die Demokratie wert?“

Ich bin davon überzeugt: Je geringer die Transparenz ist, desto größer ist der Nährboden für Korruption. Das erleben wir in den letzten Wochen, tagtäglich kommen neue Berichte, und auch die Kontrollmöglichkeiten werden immer geringer. Aber nicht nur das, die Bürger und Bürgerinnen werden zunehmend zu Recht zornig oder frustriert. Ich muss ehrlich gestehen, sogar ich habe den Überblick verloren, wer - vor allem von ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen und Ex-FunktionärInnen - in welchen Skandalen gerade verwickelt ist.

Das heißt, Transparenz ist letzten Endes eine Frage von Demokratie. Die Menschen haben ein Recht, zu wissen, welche Entscheidung wir treffen, welche Interes-

sen wir vertreten und wer eventuell auch im Hintergrund Einfluss nimmt. Das heißt, wenn Sie von der ÖVP jetzt eine Aktuelle Stunde zu Transparenz und Inseratenflut hier in Wien machen, ist das nur ein Teil, der wichtig ist für Transparenz.

Für uns GRÜNE ist es ganz selbstverständlich - das haben wir immer gesagt -, dass wir das tun werden, und wir machen es auch. Im Ressort von StRin Mary Vassilakou haben wir einen Zwischenbericht abgeliefert, welche Werbekosten für welche Kampagnen, das können Sie einfach nachvollziehen. Wichtig ist, dass wir die Kriterien festhalten: wie sollen Inserate veröffentlicht werden, in welcher Regelmäßigkeit, was soll transparent gemacht werden, auch die Ausgewogenheit bei den verschiedenen Medien - für uns eine Selbstverständlichkeit.

Aber es geht nicht nur um die Inserate. Wenn wir hier von Transparenz und letzten Endes von Demokratie reden, dann erwarte ich mir auch eine Mitverantwortung von den Parteien ÖVP und FPÖ, wo jetzt dermaßen viele Menschen in Korruptionsskandale verwickelt sind, dass sie sich hierher stellen und sagen: Ja, wir leisten jetzt einen Beitrag dazu, wir klären auf, was in unseren eigenen Reihen passiert. Dann wären Sie glaubwürdig.

Ich glaube, es ist Ihr Finanzminister, der heute wieder am Titelblatt steht mit „Neue BUWOG-Affäre“, „Grasser: Justiz fand weitere 800 000 EUR auf dem Konto.“ Woher kommt das Geld? Das heißt konkret: Wenn wir schon über Transparenz reden, dann reden wir auch über die Parteispenden. Warum schafft es niemand von Ihnen, klar und transparent im Internet nachvollziehbar zu machen: Welche Spenden erhalten Sie von wem? Welche Interessen vertreten Sie? Wo sind Ihre transparenten Daten zu Parteispenden - da meine ich vor allem ÖVP und FPÖ -, wo sind sie? Nicht nachvollziehbar! Es ist nicht nachvollziehbar, welche Interessen Sie eigentlich vertreten.

Das ist ein wichtiger Bereich von Transparenz und Korruptionsbekämpfung. Sie können uns auch gerne behilflich sein und uns dabei unterstützen, dass wir hier in Wien versuchen, zunehmend Transparenz zu schaffen, auch zunehmend die Rechte und die wichtige Arbeit des Kontrollamts aufzuwerten. Herzliche Einladung!

Nur, es genügt nicht, die Füße unterm Tisch auszustrecken und zu sagen: Macht ihr irgendetwas, aber es hat nichts mit uns zu tun! Dieses Umbenennen von Demokratie, sich einen Teil herauszunehmen und zu sagen, okay, ihr müsst etwas tun, nicht wir, wir übernehmen keine Verantwortung, das ist nicht im Sinne von Transparenz und Korruptionsbekämpfung auch hier in Wien. Also, leisten Sie auch einen glaubwürdigen Beitrag! - Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Gudenus. Bitte.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf auch die Zuschauer auf der Tribüne ganz herzlich begrüßen bei diesem sehr, sehr wichtigen The-

ma, das wir heute in dieser Aktuellen Stunde besprechen. *(in Richtung ÖVP)* Und ich bin auch sehr dankbar, dass Sie heute das Thema Inserate zur Aktuellen Stunde hier im Landtag gewählt haben. Aktuell findet ja auch im Nationalrat eine Sitzung statt, wo wir Freiheitliche einen Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Faymann einbringen, und ich darf auch Sie bitten, diesen Antrag im Nationalrat vielleicht zu unterstützen, denn das wäre wirklich ein Beitrag dazu, für mehr Transparenz zu sorgen, auch im Nationalrat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es besteht zu Recht sehr viel und sehr große Aufregung auf Grund dieser ÖBB-Inserate, die auf Druck des Selbstdarstellers Faymann geschaltet werden mussten, und wir wissen, dass der Staatsanwalt aktuell schon gegen ihn ermittelt. Ich darf hier keinen Geringeren als Franz Fiedler zitieren, das ist der Österreich-Chef von Transparency International. Er hat am 17. August gesagt - ich zitiere: „Wenn Druck auf den Vorstand ausgeübt wurde, dann muss untersucht werden, ob Missbrauch der Amtsgewalt im Spiel ist. Das könnte bis zur Nötigung und Erpressung gehen.“ - Zitat Ende.

Es hat sich ja mittlerweile schon herauskristallisiert, das System Faymann! Das System Faymann hat sich in den letzten Jahren so richtig herauskristallisiert, und dieses System Faymann bedeutet skrupellosen Missbrauch von Geldern in Millionenhöhe, es bedeutet Gelder für politische Selbstbeweihräucherung, es bedeutet Gelder, die ihm und seiner angeblich sozialen Partei überhaupt nicht zustehen. Es bedeutet aber vor allem auch eine völlig unfaire Wettbewerbsverzerrung in der politischen Auseinandersetzung - auch das bedeutet es -, und es bedeutet eine Verschaffung eines ungerechtfertigten Startvorteils der SPÖ in Wien. Das alles bedeutet das System Faymann, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit muss Schluss sein! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Aber, bitte, wo hat denn der Herr Faymann dieses grenzwertige und auch vom Staatsanwaltschaft zu prüfende Vorgehen und Verhalten gelernt? Er hat es als Wohnbaustadtrat in Wien gelernt! Als Wohnbaustadtrat in Wien, der er jahrelang auch war, und das ist ja nichts anderes als eine langjährig geübte Praxis; in der Jurisprudenz könnte man es Gewohnheitsunrecht nennen. Die Wiener Schule der Inseratenflut, das ist es!

Inoffiziell wissen wir ja, dass die SPÖ die Werbebudgets der ausgelagerten Betriebe, von den Stadtwerken bis hin zu Wiener Wohnen, auch verwaltet, und Sie haben sogar die Möglichkeit, diese nach Belieben aufzustoocken. Im letzten Jahr hat die Gemeinde Wien rund 50 Millionen EUR für Eigenwerbung ausgegeben, aber über die ausgelagerten Betriebe sind noch 30 Millionen EUR dazugekommen. Also 80 Millionen EUR innerhalb eines Jahres für Anfüütterung der Redaktionen und Eigenwerbung - damit muss Schluss sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wir wissen ja, das Geld fehlt in Wien an allen Ecken und Enden. Die Bezirke werden ausgehungert, das Bildungssystem braucht viel mehr Investitionen und Geld, Kindergartenplätze gehören aufgestockt, in Qualität investiert, Jugendwohlfahrt und so weiter und so fort.

Wenn ich die vielen jungen Menschen hier oben sehe, dann ist es wirklich schade, dass die SPÖ 80 Millionen EUR für ihre eigene Werbung ausgibt und nicht in die Zukunft der jungen Menschen investiert. Das wollen aber wir Freiheitliche, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Ergebnis des Systems Faymann ist: Die Verleger kassieren, die Politiker, die viel schalten, sind sakrosankt, sie dürfen sich sogar die Berichterstattung wünschen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das neue Beiwagerl in der Regierungskoalition, die tolle Kontrollpartei ... *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Meischberger!) Meischberger? Heißen Sie Meischberger? Wir reden ja gerade von Ihnen! (Abg Mag Rüdiger Maresch: BUWOG! Meischberger! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Das ist interessant: Die GRÜNEN decken das Verhalten der SPÖ zu! *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Was kostet der Reisepass?)* Die angebliche Aufdeckerpartei deckt zu, der Redebeitrag von Frau Hebein als Pflichtverteidigerin der SPÖ war ja wirklich lustig. Es ist also interessant, die angebliche Aufdeckerpartei deckt zu, und da sieht man: Das bringen die GRÜNEN, wenn sie mitregieren, nichts anderes bringen sie! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg David Ellensohn: Meischberger und FPÖ ... Abzocker! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Frau Hebein hat von Mitverantwortung gesprochen. Von Frau Vassilakou darf ich abschließend einen kleinen Satz zitieren, sie hat noch im Jahre 2010 gesagt: „Die Stadt Wien verschleudert Millionen Euro für Inserate und Selbstbeweihräucherung und schreibt gleichzeitig massive Verluste durch Fremdwährungskredite.“ Das ist Ihre Politik des Umfallens! - Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Vettermann. Bitte.

Abg Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was die FPÖ bringt, wenn sie mitregiert, wissen wir ja auch, nämlich persönliche Bereicherung und in die Tasche Stecken. Zumindest wird das untersucht. *(Abg Nurten Yilmaz: Part of the game!)* Es ist schon ein bisschen ein Unterschied, ob ich irgendwo Informationen schalte oder ob ich mich persönlich bereichere. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Haha, „Informationen!“)* Das möchte ich einmal zu dem sagen, was blaue Regierungsbeteiligung uns gebracht hat. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: ... rote Regierungsbeteiligung hat allein in Wien ... - Weitere Zwischenrufe.)*

Ja, ja, dass Sie über den Nationalrat reden und nicht über Wien, zeigt ja auch, dass es in Wien gar nicht so viel zu kritisieren gibt. Es ist ein reines Bundesablenkungsmanöver, das Sie hier starten *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist der Scherz des Tages!)*, anscheinend aus Unmöglichkeit, überhaupt in Wien zu bleiben.

Dass man sagt, der Bundeskanzler ist ein Selbstdarsteller, ist bei Ihrem eigenen Bundesvorsitzenden Strache, finde ich, auch sehr originell. Denn wenn einer ein Selbstdarsteller ist, glaube ich, ist es ja klar, wer sich hier

ins Rampenlicht bringt.

Da möchte ich auch eine Sache sagen, wenn man über Wien diskutiert: Wo Wien inseriert, ist Wien drinnen, aber wer zahlt denn die FPÖ-Inserate? (*Abg Johann Herzog: Wir selber!*) Wir wissen es nicht. (*Abg Johann Herzog: Wer denn sonst?*) Wir wissen es nicht! Es ist unklar, woher es kommt. Aber sie sind sehr teuer, sie sind sehr viel. (*Zwischenrufe bei SPÖ, FPÖ und GRÜNEN.*)

Und was passiert da? Ich nehme da sogar die Redaktionen in Schutz, denn es ist doch wirklich grenzwertig, anzunehmen, dass dadurch redaktionelle Berichterstattung so einfach gekauft wird. (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*) Ich meine, das zeigt doch nur (*Beifall bei der SPÖ*), wie die FPÖ an die Sache herangeht und was Sie sich davon erhoffen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Solcherart haben Sie sich demaskiert.

Zum Kollegen Dworak, der es zwar wesentlich sachlicher angegangen ist, aber trotzdem ein, zwei, drei Bemerkungen: Das eine ist, generell ist Partizipation ohne Information nicht möglich. Du musst informieren, wenn du mitbestimmen lassen möchtest, denn sonst weißt du nicht, worüber abgestimmt wird, wo ich mich einbringen kann und, und, und. Das heißt, diese Information wird ja hoffentlich auch von niemandem in Frage gestellt.

Dass es auch in ÖVP-nahen Bereichen - ich rede jetzt gar nicht von den Ministerien, um nicht wieder in den Bund auszuweichen, obwohl uns auch da allerlei Köpfe und Merkwürdigkeiten entgegenlachen. Aber das soll jeder bei sich sehen. Wenn man sich zum Beispiel die Wirtschaftskammer Wien anschaut, die Präsidentin Jank, die uns auch in einer Tour jede kleinste Verbesserung medial rüberbringt, zeigt das, dass das zumindest eine generelle Geschichte ist, dass man das oft auch mit der Person verknüpft. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das kann sich ja auch mal ändern.

Zur Vermietung Taborstraße muss man Folgendes sagen: Erstens hat die ÖVP damals mitgestimmt. Zweitens hat es der Rechnungshof geprüft, es ist alles in Ordnung. Drittens verstehe ich daher nicht, warum Sie das bringen, wenn es a) in Ordnung ist und b) Sie dabei waren. Das ist also ein etwas merkwürdiger und schrulliger Vorwurf.

Wenn man sagt, ja, wir wollen da alle Betriebe mit reinnehmen, die in öffentlicher Hand sind, muss man sagen: Es ist ja klar, dass hier auch Wiengas, Wienstrom und nicht nur die Atomlobby inserieren dürfen. Nur, wenn das veröffentlicht wird, ist es ein echter ... (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) Vielleicht kommt es gesetzlich ohnehin, dann müssen wir es umsetzen.

Ich persönlich bin deshalb ein bisschen skeptisch oder etwas vorsichtig, weil es nämlich ein Wettbewerbsnachteil ist. Denn wenn du als Konkurrenz die genauen Schaltpläne der Betriebe im öffentlichen Eigentum siehst, haben die einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Es ist auch originell, dass die ÖVP, eine sogenannte Wirtschaftspartei, hier die öffentlichen Betriebe zumindest in eine schwierige Situation bringen wird. Aber wir werden das Transparenzgesetz - das ist ja auch schon oft gesagt worden - umsetzen,

dementsprechend braucht sich keiner Sorgen zu machen.

Was die Beteiligungen betrifft, werden wir das Bundesgesetz machen. Aber dazu, dass man es nicht weiß und dass alles intransparent ist, muss man einmal sagen, es wird ja in den Ausschüssen beschlossen. Es wird in den Ausschüssen beschlossen! Jede Werbekampagne muss beschlossen werden, ist beschlossen worden und wird hier extra diskutiert, debattiert und abgestimmt. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Was? Jedes Inserat der SPÖ wird beschlossen?*) Und immer gibt es eine mehrheitliche, manches Mal sogar eine einstimmige Beschlussfassung, sodass man nicht sagen kann, es gibt Willkür, sondern es gibt Informationen zu festgelegten Themen.

Es gibt eben auch eine Eigenverantwortung der Abteilungen. Das ist neu, früher war es ganz zentral. Dann hat man gesagt: Nein, das sollen die Abteilungen machen, die können es besser. Jetzt ist es dort, und es ist auch wieder keinem recht - auch typisch Opposition!

Ich will nur sagen, was da zum Beispiel auch geschaltet wird. Ich meine, eine der mir am besten gefallenden Kampagnen war die zu den Pflegeeltern, die, glaube ich, wirklich gut war und auch dazu geführt hat, dass wir jetzt wieder mehr Pflegeeltern gewonnen haben. Die brauchen wir ja auch!

Aber es gibt auch andere Sachen, die passieren, wo das überhaupt dialogisch abläuft. Da sage ich nur zum Beispiel Kinderschutz, Pflegefamilien - habe ich schon gesagt -, elementare Bildung, MA 10, neue Regeln in den Kindergärten. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Also brauchen wir wieder 80 Millionen!*) Auch EU-Wahl-Info, Bundespräsidentenwahl-Info, natürlich eine Gemeinderatswahl-Info, das ist ja klar.

Aber wir haben zum Beispiel gehabt: Standpunkt gegen Gewalt, eine ganz große Geschichte. Wir haben rein sachliche Sachen gehabt, so wie zu den Reisepässen, wo sich etwas geändert hat. Da musst du ja auch informieren! Oder soll darüber der Mantel des Schweigens gebreitet werden, dass es keiner weiß? Oder sagt ihr, das ist eine Holschuld des einzelnen Bürgers? Das kann es ja nicht wirklich sein!

Das heißt, wir werden mit unserer Informationspolitik sicherstellen, dass diese Informationen, die zur Partizipation notwendig sind, gegeben werden, dass entsprechend auch alle Wienerinnen und Wiener informiert sind und die Angebote der Stadt nützen können. Das sollte, glaube ich, unbestritten sein. - Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau Mag Feldmann. Bitte.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit einem Zitat beginnen: „Die SPÖ betreibt eine Politik der Medienezufriedenstellung, die sich am Rande der Korruption bewegt.“ Das ist von niemanden anderem als von Teddy Podgorski, dem Ex-ORF-General von roten Gnaden!

Es belegen mittlerweile Dokumente, dass der Bundeskanzler und sein Staatssekretär Staatsbetriebe für

Werbbeeinschaltungen missbrauchten. Und ich glaube, es gibt hier etwas, was Sie verwechseln: Werbung Machen ist eines - Staatsbetriebe zu missbrauchen in eigener Angelegenheit und für eigene Propaganda, ist tatsächlich etwas anderes! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

In Wien ist es ebenso geschehen, wie man von ÖBB-Managern weiß, die darüber berichtet haben, und zwar, dass das Echo-Medienhaus ... Auf Druck mussten die ÖBB Inserate schalten, mit wöchentlichen Anrufen 25 000 bis 30 000 EUR, jeweils unter Berufung auf Staatssekretär Ostermayer. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Jeder ÖVP-Wähler ...)* Ich würde einmal sagen: Lenken Sie doch nicht immer mit Sachen aus der Vergangenheit ab, es wird irgendwie ... *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das wissen Sie aber schon, dass der Herr Huber ... – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kümmern wir uns um die Gegenwart: Jetzt, in der Gegenwart, handeln Sie so! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie versuchen abzulenken mit der Vergangenheit einer schwarz-blauen Regierung. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die Staatsanwaltschaft hat seit 2008 ...)* Was hier Fakt ist, das wollen Sie einfach vertuschen! Aber Sie können es nicht mehr vertuschen, weil die Staatsanwaltschaft und die Korruptionsbekämpfung bereits ermitteln. Unabhängig von irgendwelchen Ausschüssen: Es wird ermittelt. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Lenken Sie nicht von Ihren Problemen ab!)*

Sie erkaufen sich damit positive News und Huldigungen, was darin gipfelt - ob das für Sie gut ist, weiß ich natürlich nicht -, dass der Herr Bundeskanzler als „Alpen-Obama“ bezeichnet wird, oder: „Auch Tiere würden Faymann wählen“ von der „Kronen Zeitung“. Aber bitte, das ist dann wieder Ihre Wahl.

Es geht auf jeden Fall alles auf Kosten des Steuerzahlers, und das ist das Unverschämte! In Zeiten, in denen die Leute sparen müssen, ein geringeres Budget haben und Sie Wasser- und sämtliche Gebühren erhöhen, geben Sie ungefähr doppelt so viel wie die Bundesregierung für Werbeinschaltungen hier in Wien aus, zwischen 80 und 100 Millionen. Es kann nicht sein, dass aus den verschiedenen Stellen des Bundeskanzleramtes Anrufe an staatsnahe Betriebe kommen, um weitere Schaltungen in die Zeitungen zu geben.

Wir verlangen im Sinne der WienerInnen das unmittelbare Transparentmachen des Wiener Werbebudgets. Sie haben gesagt, Sie werden das tun, ich freue mich sehr darauf. Es ist notwendig, im Bund ist es bereits in Ausarbeitung. Es wäre wirklich ein Armutszeugnis für eine modern verwaltete Stadt, zu sagen, das ist zu viel Aufwand oder es geht verwaltungstechnisch nicht. Da frage ich mich doch, was es sonst für eine Buchhaltung hier gäbe. *(Abg Barbara Novak: Das sagt ja keiner! Wer sagt das?)* Also das haben Sie gesagt! Das haben Sie wortwörtlich gesagt *(Abg Barbara Novak: Sie unterstellen ständig Dinge! Ich habe das gesagt?)* - nein, nicht Sie -, dass es verwaltungstechnisch nicht möglich ist. *(Abg Barbara Novak: Wer sagt es? Wer?)* Und dass es zu viel Aufwand wäre, war die Argumentation. Damit nehme ich an, dass Sie entweder ein Chaos haben oder sich ganz

einfach weigern.

Nehmen Sie sich ein Beispiel am britischen Vorbild! Dort beurteilt ex ante eine unabhängige Agentur, ob und in welcher Form Inserate von öffentlichen Stellen gerechtfertigt sind. *(Abg Barbara Novak: Das sind Unterstellungen!)* Das wäre Transparenz. Schaffen Sie so eine unabhängige Agentur! Lassen Sie die Staatsbetriebe, die sowieso hoch verschuldet sind, ihre eigene Politik der Werbeeinschaltung für sich selber machen, und geben Sie sich zufrieden mit dem sowieso schon hohen Budget, das Sie für Ihre eigenen Werbeeinschaltungen haben! Denn auch hier könnte man unabhängig davon einsparen und dieses Geld verwenden, um die Bürger und Bürgerinnen in Wien zu entlasten.

Das wäre unser Vorschlag, dazu würde ich auch die GRÜNEN einladen, statt immer hinzuhacken auf irgendwelche Uraltgeschichten. Wie wäre es, wenn man einmal an eigenen Sachen *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN)*, an eigenen Dingen arbeitet, hier Vorschläge macht und diese umsetzt? *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Rüdiger Maresch: Grasser! - Weitere „Grasser“-Rufe bei den GRÜNEN.)* Ja, „Grasser, Grasser“ - sitzt der noch in der Regierung? Ja? Sitzt er noch in der Regierung? Nein, Sie sitzen doch hier in der Regierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber mit dem Finger zeigen bedeutet, dass Sie nicht auf Ihres schauen wollen. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Nutzen Sie Ihre Möglichkeit aus, dass Sie in der Regierung sitzen. *(Abg Mag Rüdiger Maresch führt mit Zeigefinger und Daumen der rechten Hand eine Geldgeste aus.)* Diese Handbewegung haben Sie sich ja herrlich angewöhnt! Das gibt mir tragische Vorahnungen. Machen Sie nur weiter, ich sehe, in welche Richtung Sie gehen. Ich wünsche mir, dass Sie so wie früher Opposition betreiben und Ihre Sachen, die Sie angekündigt haben, umsetzen. Es schaut derzeit leider anders aus.

Dennoch: Ich bitte Sie, in Wien Transparenz darzulegen und die Werbemittel aufzulisten. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Würden Sie mich bitte nicht dauernd unterbrechen! In diesem Sinne: alle Werbemittel, nämlich von Stadt Wien und den nahen Betrieben. - Vielen Dank. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dipl-Ing Margulies. - Bitte.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

ÖVP und FPÖ sprechen gerne über Korruption. Die GRÜNEN sprechen gerne über Transparenz. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nicht mehr!)* Das ist auch klar: Die Kernkompetenz - und das hat Schwarz-Blau gezeigt - der ÖVP und der FPÖ ist Korruption. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Die Kernkompetenz der GRÜNEN ist Transparenz. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es ist kein Wunder, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass trotz Regierungsbeteiligung in Wien, trotz mittlerweile, glaube ich, sechs- oder siebenjähriger Regierungsbeteiligung in Oberösterreich es keinen einzigen Anlassfall gegeben hat - null! - gegenüber einem einzigen Grünen, wo in irgendeiner Art und Weise Korruption

vorgeworfen wird. Das kann keine andere Partei (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Mühlen der Justiz mahlen langsam!*) in Österreich sagen! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Dort, wo die ÖVP und die FPÖ in Kärnten regieren: ein Korruptionssumpf bis zum Gehnichtsmeer! (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nicht pauschalisieren!*) Dort in Niederösterreich: Wohnbaudarlehen - Sumpf überall!

Wir sind angetreten und haben gesagt, wir wollen mehr Transparenz. Und jetzt komme ich auch zurück zu den Inseraten: Wir waren die schärfsten Kritiker 2010 im Wahlkampf, als die Medien bedient wurden. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, und jetzt ist alles anders!*) 2011 - unser erstes Jahr (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: An den Futtertrögen sitzen Sie!*) - wurden die Werbeausgaben reduziert. Und ich verspreche Ihnen hier von dieser Stelle aus (*Abg Mag Wolfgang Jung: Weil ihr kein Geld habt! Weil ihr pleite seid!*): Kommendes Jahr werden die Werbeausgaben noch stärker reduziert! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ja! Und die Sozialausgaben auch!*)

Kollege Jung, Sie rufen heraus: „Weil Sie kein Geld haben.“ (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ja! - Weitere Zwischenrufe.*) In allen anderen Bundesländern - dort, wo Sie regieren, in Kärnten - explodieren die Werbeausgaben! Und Sie haben noch viel weniger Geld, wir alle müssen Kärnten erhalten. Kärnten ist mehr als das Griechenland Österreichs, die Schulden Kärntens sind um so viel größer als die griechischen Schulden im Vergleich zur Europäischen Union! (*Abg Mag Wolfgang Jung: ... über Kärnten reden ...*) Ihr haut das Geld weiter hinaus, dann stellt ihr euch hin und sprecht über Korruption, denn da kennt ihr euch aus. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Wir reden ja darüber!*) So ist es! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Aber ich möchte auf den heutigen Tag zurückkommen, auf den Anlassfall der Inserate, und möchte von hier aus etwas anderes ganz deutlich sagen. Denn so sehr ich es verdamme, dass man glaubt, man kann sich durch Inseratenschaltungen Mediengefälligkeiten erkaufen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Nein! Nie!*) - und ich will nicht, dass das so ist (*Abg Mag Rüdiger Maresch, in Richtung FPÖ: Da kennt ihr euch gut aus, gell!*) -, richte ich umgekehrt auch den Medien aus: Hört auf damit, allen Politikern und Politikerinnen in allen Ländern mitzuteilen: „Wenn ihr nicht inseriert, dann schreiben wir euch in Grund und Boden!“ Denn das passiert auch bei der Journaille in diesen Tagen, und das muss abgestellt werden. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ich will eine objektive Berichterstattung. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sorgen Sie dafür!*) Und ich denke, es ist höchst an der Zeit, dass überall dort, wo die Futtertröge schamlos ausgenutzt werden - und wie gesagt, es gibt eine einzige Partei (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Davon können Sie ein Lied singen!*), die da überhaupt nie vorkommt, das sind die GRÜNEN -, dass überall dort Schluss damit gemacht wird. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich lade Sie wirklich ein, mit den GRÜNEN gemeinsam Sachen zu entwickeln, denn unsere Kernkompetenz

ist Transparenz. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: So wie das Wahlrecht, gell!*) Wir kennen uns aus! (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sehr „erfolgreich“ ist da die Regierungsbeteiligung gewesen!*) Wir sind die Einzigen, die nach wie vor dazu stehen, dass wir gesagt haben, wir wollen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit transparent sein. Sie werden das in den kommenden Tagen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie tun nichts!*) auch von Maria Vassilakou erleben. Wir werden komplett offenlegen, wohin Inserate - ich kann Ihnen schon jetzt sagen: in einem äußerst geringen Ausmaß! - geflossen sind. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Haben sie euch nichts genehmigt, von der SPÖ!*)

Jetzt sage ich Ihnen noch einen letzten Punkt, auch zu den Werbeplakaten, die immer wieder überall hängen, und zu den Inseraten der FPÖ. Auf Bundesebene wird diskutiert: Wer zahlt die Inserate der SPÖ, der ÖVP, wer gibt Aufträge et cetera? Aber wer zahlt eigentlich die Inserate der FPÖ? (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Die Ausgaben für die Inserate der FPÖ sind höher als die Parteienförderung. Wir haben Sie schon oft genug gefragt: Legen Sie offen, von welchen Industriellen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir haben 27 Mandate!*), von welchen Unternehmern Sie finanziert werden!

Mittlerweile sind alle Parteien in Wien gegen das Kleine Glücksspiel. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Sie sind vor zwei Jahren gegen das Kleine Glücksspiel noch massiv aufgetreten. Dann hat Sie die Firma Novomatic gekauft, seither sind Sie ruhig, und mittlerweile sind Sie die großen Verfechter des Kleinen Glücksspiels. Schämen Sie sich! - Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächster ist Dr Wansch zum Wort gemeldet, anstelle des erkrankten Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Das letzte Wort, das wir gehört haben, waren aus einer interessanten Ecke die Worte „Schämen Sie sich“. Wir werden sehen, wer sich zu schämen hat. Vielleicht kann ich ein bisschen dazu beitragen, damit Sie sich ein Urteil bilden können, wer sich dann hier zu schämen hat. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Wir haben gehört, die Kerndisziplin der GRÜNEN ist die Transparenz. Jetzt sage ich Ihnen dazu: Ich habe nur eine Kompetenz der GRÜNEN kennengelernt, das sind nicht eingehaltene Versprechen. Es sind nicht eingehaltene Versprechen im Wahlkampf der GRÜNEN, wo sie die Wählerinnen und Wähler belogen haben. Es sind nicht eingehaltene Versprechen im Gemeinderat und im Landtag. (*Ruf bei den GRÜNEN: Bla, bla!*) Dort, wo früher von 2011 die Rede war, sprechen wir heute von 2012. Wir haben es gehört: Egal, was die GRÜNEN in Aussicht stellen, es wird versprochen und nicht eingehalten.

Ganz am Ende sage ich zum Thema Transparenz: Da haben die GRÜNEN ein schönes Beispiel geliefert zu Transparenz und zu korruptionsähnlichen Abläufen. Das ist ganz einfach der Herr Van der Bellen, denn für ein nicht benötigtes Amt, für ein persönlich von Van der

Bellen nicht eingehaltenes Versprechen bekommt er 210 000 EUR auf Kosten der Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist gelogen, verdammt noch einmal! Lüge!)*

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Herr Abg Dr Margulies!

Ich bitte, die Worte in Zaum zu halten. Das Wort Lüge, wir lassen es überprüfen, bedarf ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Lüge! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen eine Ordnungsruf! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ich ersuche wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Disziplin in diesem Hause einzuhalten und nicht einen Ton anzuschlagen, der mit der Würde des Hauses nicht vereinbar ist. Ich ersuche die GRÜNEN auch, sich hier einzubremsen: im Ton, nicht im Inhalt, das ist die entscheidende Frage. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Er soll nicht die Unwahrheit sagen! Könnten Sie ihm das ausrichten?)*

Entschuldigen Sie, die politische Bewertung liegt nicht bei mir. Aber das Wort Lüge bedarf eines Ordnungsrufes, und der ist erteilt worden. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Ein Unwahrheitensager!)*

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Es tut den Kolleginnen und Kollegen, die die Tugend erfunden haben, die die Gutmenschen durch und durch sind, anscheinend weh, wenn man ihnen die Wahrheit sagt.

Wenn ich dann Worte von einem Kollegen aus der ersten Reihe höre: „Er ist nicht so blöd, wir er ausschaut.“, dann frage ich mich: Was hat das mit der Würde des Hohen Hauses zu tun? *(Abg David Ellensohn: Das war freundlich ...)* Ich verstehe Sie sehr genau, und Sie disqualifizieren sich selber.

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Ellensohn! Ich ersuche Sie ebenfalls, sich an den Ton zu halten. Ein Abgeordneter dieses Hauses ist keine Beleidigung desselben. *(Abg David Ellensohn: Das geht nicht, was Sie hier tun! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Aber wir sind knapp vor dem interessanten Punkt aufgehalten worden, und das war der Sinn der Zwischenruffkampagne, weil jetzt der interessante Punkt kommt. *(Ruf bei den GRÜNEN: Seibersdorf!)*

Denn diese 210 000 EUR für Van der Bellen werden versteckt und abgewickelt über den Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds. Das ist die größte Chuzpe sondergleichen von der „Transparenz“-Partei, dass sie die 210 000 EUR nicht einmal über die offenen Bücher, die wir hier in Wien prüfen können, abwickelt *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Wie war das in Seibersdorf mit dem Geld, Herr Kollege?)*, sondern in einem Fonds. Dort haben Sie das versteckt. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Pfui!)* Da sage ich: Gratuliere Ihnen zu dieser Transparenz! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Aber eigentlich ist es interessant, wie sich die GRÜNEN in Wien in die Bresche werfen, wenn es eigentlich

um einen Skandal der SPÖ-Wien geht, weil das System Faymann parallel entwickelt wurde, vielleicht zeitgleich entwickelt wurde, aber in Wien perfid funktioniert. Das System der SPÖ-Wien funktioniert in Wien ausgezeichnet in der Form, dass die Beteiligungsbetriebe der Stadt Wien genützt werden. Die Stadt Wien, ihre Magistratsabteilungen und die Beteiligungsbetriebe, werden genützt, um Inserate bei Medien zu schalten.

Dann schauen wir uns die Inserate an. Wir haben heute irgendetwas gehört: die werden ja wegen der Information ... Wir kennen die Inserate. Wenn ich informieren will, kann ich jedem Haushalt schreiben, was ihm hilft, was ihn weiterbringt, und ich muss nicht Inserate schalten, die im wesentlichen Inhalt nur das Foto der jeweiligen Person haben.

Das ist in Wirklichkeit das Interessante an dem System: Die Leute, die die Zeitung lesen, wissen, dass dafür bezahlt werden muss. Sie sehen nach und sagen: Okay, worüber werde ich informiert? Dann sehen Sie das Foto von irgendeiner Stadträtin oder irgendeinem Stadtrat, der sie anlacht, und sie wissen, dass sie dafür bezahlen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Gleichzeitig wissen sie, dass sie im selben Moment, in dem sie dafür zahlen, dass sie aus der Zeitung von der zuständigen Stadträtin oder dem zuständigen Stadtrat angelächelt werden, gerade von einer Gebührenlawine der SPÖ-Wien überrollt werden!

Dann muss man sich das vorstellen: Das ist die Verhöhnung dieser Menschen *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, die Sie anschauen, was mit ihrem Geld passiert, das ihnen gerade aus der Tasche gezogen wird. Das ist das System der SPÖ in Wien. *(Abg Nurten Yilmaz: Das sind schon acht Minuten, Herr Präsident! - Weitere Zwischenrufe.)*

Jetzt noch ein konkreter Punkt ...

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Herr Abg Dr Wansch, ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Ich habe die Frage ... Ich bin an meinem Wort gehindert worden ... *(Ironische Oh!-Rufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Ich bitte trotzdem, zum Schluss zu kommen.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Ich darf Ihnen sagen: Wir arbeiten daran, dass dieser Sumpf aufgeklärt wird. Wir lassen uns durch die GRÜNEN nicht beirren. Wir sind hier in Wien, wir sind jetzt in Wien, und wir arbeiten daran. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deshalb sind zwei Punkte, über die ich Sie informieren kann ...

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Herr Abgeordneter! Bitte, zum Schluss zu kommen!

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend)*: Wir haben heute Strafanzeige gegen Herrn Faymann erhoben wegen des skandalösen Mediendauerdeals. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Novak gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, in Richtung Abg Mag Dr Alfred Wansch: Das ist undemokratisch!)*

Abg Barbara **Novak** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehr-

ter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich hoffe, ich habe jetzt auch zehn Minuten Redezeit, denn der Kollege hat relativ lang überschritten. Ich denke, zur Gerechtigkeit der Vorsitzführung wäre das jetzt sicher angebracht.

Tatsächlich habe ich ja geglaubt, als ich den Titel und vor allem, von welcher Partei dieser Titel der heutigen Aktuellen Stunde kommt, gelesen habe, ich träume irgendwie und bin gerade aufgewacht. Denn dass gerade die ÖVP Transparenz und Inseratenschaltung heute hier zum Thema machen möchte, ist doch sehr überraschend angesichts der gerade aktuellen - Frau Abgeordnete, ganz aktuellen, ich muss nicht weit in die Vergangenheit gehen - Telekom-Skandale und sonstigen Skandale, die gerade auf Bundesebene versucht werden aufzuarbeiten.

Ich vermute, es wird noch sehr lange dauern (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: ... die SPÖ tief drinnen!*), denn so, sage ich, verquickt, wie ÖVP-Manager und ÖVP-Politiker in dieser ganze Telekom-Causa zum Beispiel sind, das ist unfassbar. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Martin Schlaff ist Ihr ...*) In dem Fall müsste man erstens Korruption immer schwarz schreiben, und zweitens, man müsste Korruption auch noch mit einem anderen Titel ausstatten, denn offensichtlich ist es männlich: Es sollte zukünftig „der Korruption“ heißen und in der ÖVP angesiedelt sein! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dann reden Sie über Inserate, wo auch noch Politiker vorkommen, das mag die ÖVP gar nicht. Ich frage mich nur: Wie viele SPÖ-Politiker sehen Sie auf diesem wunderhübschen Inserat hier? Ich meine, der Informationsgehalt ist eher gering gehalten: „Ab Juni 2012 keine Reise ohne Kinderpass“, zwei Politiker der ÖVP, nämlich der Bundesvorsitzende und Außenminister und die Innenministerin, die sich da gerade in allen Zeitungen abbilden lassen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Also kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustüre, bevor Sie sich mit so einem Thema hier in den Landtag stellen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dann auch noch zu behaupten, die SPÖ hätte ein Problem mit Transparenz und möchte die bundesgesetzliche Regelung nicht umsetzen, um jene Datenbank beziehungsweise jenes Medientransparenzgesetz hier auch vorzubereiten, auf Nachfragen von mir nicht einmal sagen zu können, wer es angeblich behauptet hat ... (*Abg Mag Barbara Feldmann: Oxonitsch!*) Oxonitsch? Komisch - APA: „Oxonitsch: Die Stadt Wien wird ihre Anzeigen und Schaltungen öffentlich machen.“ Kein Wort von: das kennen wir nicht, das wollen wir nicht, das ist schwierig, das ist so viel Verwaltungsaufwand et cetera! (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wann kommt das? In zehn Jahren, oder wann?*)

28. September 2011, Presseaussendung an die APA, öffentlicher geht's also gar nicht: „Die Stadt Wien wird ihre Anzeigen und Schaltungen öffentlich machen.“ Und sie wird auch jene - im Übrigen im zuständigen Gemeinderatsausschuss immer beschlossenen und hier im Gemeinderat auch beschlossenen - Förderungen an Radio Orange, TV-Sender OKTO et cetera, also andere

Medienprojekte, mit einbeziehen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das beschließt ihr eh mit eurer Mehrheit!*)

Also vollkommene Transparenz! Nein, Sie stellen sich hier heraus, fordern etwas, das der Bund schon längst beschlossen hat, die Länder umsetzen werden, Wien auch umsetzen wird, mit dem niemand ein Problem hat. Was das für eine politische Taktik ist, weiß ich nicht. Offensichtlich ist es entweder Populismus, oder wir haben kein anderes Thema, oder wir setzen uns auf irgendetwas drauf (*Abg Mag Wolfgang Jung: Majestätsbeleidigung, nicht?*) und versuchen hier, Kleingeld zu machen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: System Faymann!*)

Dann auch noch zu behaupten, alles an Öffentlichkeitsarbeitsbudget geht in Inserate, ist schlicht und einfach falsch! Jeder, der hier im Haus sitzt, weiß, dass Informationskampagnen hier beschlossen werden, dass sie vielfältig sein können, vom Pflegekindwesen über zum Beispiel die Angebote der Büchereien und der Leseförderungen et cetera. Wir haben hier auch schon Kampagnen gegen Gewalt an Frauen beschlossen, Aufklärungskampagnen, wo es darum geht, auch gesellschaftspolitische Themen zu setzen und eine Veränderung in der Bevölkerung herbeizuführen.

Im Übrigen: Erst gestern haben wir hier einstimmig einen Antrag beschlossen, in dem es um ein sehr wichtiges Thema geht, nämlich um die Frage von Kinderpornographie und Missbrauch an Kindern, wo wir alle hier auch eine Öffentlichkeitskampagne beschlossen haben, nämlich die Angebote der Stadt Wien und der von der Stadt Wien geförderten Einrichtungen an die Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren. Da haben wir alle kein Problem damit, das ist eine wichtige Sache, und das wird auch mittels Inseraten passieren, weil es auch ein Weg ist, ein Werkzeug ist, diese Informationen zu kommunizieren. Aber es wird auch Broschüren geben, es wird eine Hotline geben, es wird auf den Homepages in Social Media und so weiter kommuniziert werden. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wird werden!*) Also eine Fülle von Maßnahmen! (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wird werden! In 20 Jahren?*)

Werden wir ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: So wie die Wahlreform!*) Wieso? Das haben wir gestern hier beschlossen, also wird es kein Problem sein. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Über die Wahlreform haben wir auch geredet!*) Das werden wir auch so machen. Sonst hätten wir es gestern nicht zu beschließen brauchen, nehme ich einmal an, Herr Abgeordneter, so wie wir viele andere Kampagnen in dem Bereich ja auch schon gemacht haben. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Kampagnen, ja! Kampagnen, nicht Information!*) Kampagnen - wissen Sie, was Kampagnen sind? Kampagnen ist ein PR-Ausdruck, der viel beinhaltet (*Abg Mag Wolfgang Jung: Mit Champagner hat es auch zu tun!*), zum Beispiel Plakate, Broschüren, Social Media. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Sie wissen, was Social Media ist? (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, ja, ja!*) Das ist nichts Schlimmes, nichts Böses, ist auch nichts, wo Parteien irgendetwas vertuschen oder korrupt machen können. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Internet ist überhaupt das Offenste und

Transparenteste, das es gibt, auch wenn Ihnen das alles irgendwie sehr fern ist.

Ich finde es auch gut, dass wir dieses Gesetz machen werden, weil hier ja immer mit Beiträgen gewürfelt wird. Ich habe in der letzten Stunde, glaube ich, zehn verschiedene Summen, was den PID oder das Öffentlichkeitsarbeitsbudget betrifft, gehört. Sie würfeln schlicht und einfach, anstatt dass sie einmal einen Blick ins Budget werfen, wo diese Dinge übrigens drinstehen und hier auch jederzeit berichtet werden. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Irgendwo, ja!*)

Nein, nicht irgendwo. Es gibt sogar Anfragebeantwortungen Ihres eigenen Abgeordneten, wo alle Beträge über Seiten einzeln aufgelistet sind, jeder einzelne Betrag. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN haben ...*) Anfragebeantwortung - wo ist also das Problem? Es ist vollkommen transparent. Sie bekommen alle Antworten, Sie müssen sie eben auch lesen!

Aber darum geht es Ihnen ja nicht. Sie wollen sich hier herausstellen, ablenken vom eigenen blauschwarzen, korrupten Sumpf und uns irgendetwas umhängen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das tun Sie! Sie lenken ab!*) Das werden aber die Wählerinnen und Wähler durchschauen, weil die mündigen Wählerinnen und Wähler und Bürgerinnen und Bürger nicht auf diese Masche hereinfliegen werden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist beendet. Sie war eine durchaus lebhaftere, würde ich meinen, und auch auf Grund der heftigen Zwischenrufe hat der eine oder andere Abgeordnete, zuletzt auch Frau Abg Novak, etwas länger am Wort bleiben können.

Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien zwei eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien zwei Anträge und des Klubs der Wiener Freiheitlichen zwei Anträge eingelangt. Den Fraktionen werden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Abgen Frank und Mahdalik haben am 1. Juli 2011 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung der Wiener Bauordnung eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

Des Weiteren hat sich Abg Dr Margulies zur Geschäftsordnung gemeldet. (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Nur Diplom-Ingenieur, nicht Doktor!*) Ja, Diplom-Ingenieur. - Bitte.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Man soll sich nicht mit Titeln schmücken, die man nicht hat. Das passiert in anderen Fraktionen. Ich kann mich erinnern, das war, glaube ich, auch bei den Freiheitlichen. (*Abg David Ellensohn: Die Frau Fabel! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) - Nichtsdestoweniger zur Geschäftsordnung; zwei Punkte.

Ich denke, es ist in unser aller Interesse - insbesondere, wenn so manche Partei, wie man gestern gesehen hat, sehr schnell in der Kritik der Vorsitzführung ist -, darauf zu dringen, dass die Aktuelle Stunde nicht für drei Fraktionen in diesem Haus fünf Minuten dauert und für eine Fraktion in diesem Haus zehn Minuten.

Kollege Wansch hat zehn Minuten gesprochen, und meines Erachtens ist es so: Wir haben schon oft darüber diskutiert, inwiefern das Verständnis von Zahlen gegeben ist, das Lesen und so weiter, aber die Uhr sollte zumindest jeder von Ihnen lesen können, wenn sie vor Ihnen am Pult ist! Ich würde Sie sehr höflich ersuchen, sich hinkünftig daran zu halten.

Zweiter Punkt, und mir weitaus wesentlicher: Ich erwarte mir, dass in den kommenden Präsidiolen einmal wirklich darüber gesprochen wird, wie damit umzugehen ist, wenn Mandatare sich vorsätzlich wider besseres Wissen fortwährend hier herausstellen und die Unwahrheit sagen und man dann einen Ordnungsruf erhält, wenn man „Gelogen!“ schreit.

Wir haben es Ihnen von hier aus schon mindestens fünf Mal erklärt: Alexander Van der Bellen arbeitet ehrenamtlich, er erhält keinen Cent! Das gesamte Büro Universitätsbeauftragter, wo alle Projekte abgewickelt werden, Sekretariat et cetera, wird von der Stadt Wien so wie viele andere Sachen, auch FPÖ-nahe Institutionen, gefördert. Von den 210 000 EUR: kein Cent für Alexander Van der Bellen!

Kollege Wansch, hören Sie auf zu lügen! Und ich wünsche mir, dass diesbezüglich seitens des Präsidiols Vorkehrungen getroffen werden, wenn Abgeordnete wider besseres Wissen beständig solche Lügen wiederholen. - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Herr Abg Dipl-Ing Margulies! Ich bedauere, dass Sie in dieser Art und Weise hier doch einen Ordnungsruf provozieren, den ich aber gerne erteile.

Ich muss das leider machen. Aber ich würde Sie schon bitten, dass Rufe zur Ordnung, Rufe zur Disziplin in diesem Hohen Haus von den Abgeordneten, wenn sie seitens des Präsidiols erfolgen, auch ernst genommen werden. Das halte ich für eine grundsätzlich wichtige Sache, die für alle Fraktionen gilt.

Was die Redezeit betrifft, möchte ich feststellen, dass heute alle überzogen haben, der Kollege Wansch am meisten. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Ich habe ihn zwei Mal aufgefordert, seine Redezeit einzuhalten, und ich kann natürlich - und werde es in Zukunft auch machen - bei massivem Überziehen den Redebeitrag beenden. Allerdings hat Frau Kollegin Novak ähnlich lange gesprochen, das möchte ich auch feststellen.

Des Weiteren, was Unwahrheiten und Ähnliches betrifft, Herr Kollege, obliegt es den Fraktionen, Meinungen zu äußern, politische Inhalte. Es ist nicht die Aufgabe des Präsidiols, des Präsidenten, festzustellen, was wahr oder unwahr ist, umso mehr, als ganz offensichtlich auch subjektive Gegebenheiten in diese Dinge hineinfließen, wie ich leise anmerken darf. (*Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Es gibt also beim Präsidenten oder beim Präsidium

keine Beurteilung politischer Inhalte, es kann nur um die Form gehen - hören Sie mir vielleicht zu -, das ist einfach so. Ob Sie der Meinung sind, dass jemand Unrichtigkeiten von sich gibt oder nicht, obliegt der politischen Debatte, aber garantiert es nicht dem Präsidenten.

Zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet ist Herr Abg Jung. - Bitte.

Das ist einfach so! Ob Sie der Meinung sind, dass jemand Unrichtigkeiten von sich gibt oder nicht, obliegt der politischen Debatte, aber garantiert nicht der Beurteilung durch den Präsidenten.

Zum Wort gemeldet zur Geschäftsbehandlung ist Herr Abg Jung. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege kommt heraus, gibt vor, beschwichtigen zu wollen, und fängt mit dem Ausdruck Lüge an. – Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist, wenn Sie es ehrlich meinen, Herr Kollege!

Zum Zweiten: Es wurde von keinem Redner zehn Minuten geredet. Das wurde zusammengezählt. Das war auch sehr plakativ! Es wurde von allen überzogen. Es wurde von Kollegen Wansch mehr überzogen, aber Sie wissen genau, dass das ein Bereich war, in dem die Redezeiten sehr beschränkt sind, und Sie haben ihm einen großen Teil seiner Redezeit durch Ihr wenig qualifiziertes Gebrüll entzogen, Herr Kollege! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Jetzt sage ich noch etwas zum Abschluss, und das hat der Herr Präsident auch schon erwähnt: Ob etwas wahr ist oder nicht, entscheiden nicht Sie! (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Die Inserate der FPÖ werden jährlich mit 200 Millionen EUR dotiert: Ist das wahr oder nicht?*) Das entscheiden nicht Sie, auch wenn Sie jetzt in der Regierung sitzen dürfen und glauben, mitreden zu können! (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Ist das wahr oder nicht?*)

Gehen Sie mit Ihrem Unsinn anderswo hausieren! Ich habe Ihnen schon einmal vor längerer Zeit vorgerechnet, wie hoch die Inseratengebühr bei der „NFZ“ ist. Dann lachen Sie nur über Ihre Feststellungen!

So. Und jetzt komme ich zum Abschluss des Ganzen. Sie reden dauernd von Lügen bei den anderen. Sie können das aber genauso nicht beweisen, Herr Kollege! Sie ergehen sich aber dauernd – auch heute wieder, genauso wie gestern – in kollektiven Beschimpfungen. Sie wandeln auf derselben Welle. (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung!*)

Ich sage Ihnen: Sie reden Ihre Verzweiflung heraus, weil Sie da nichts mehr zu sagen haben. Ihre eigenen Leute haben vorgerechnet, wie hoch die Kosten der SPÖ-Inserate waren! Jetzt sind Sie zu feige, das zu tun! (*Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Aber toben Sie sich nicht an den anderen Parteien mit Ihren eigenen Problemen aus!

Präsident Johann **Herzog** (*unterbrechend*): Herr Kollege! Ich vermute, dass Sie ebenfalls aufgefordert werden müssen, den Ton einzuhalten. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Ich ersuche Sie alle darum, dazu beizutragen,

dass das Klima hier in diesem Hohen Haus nicht völlig ausrastet! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Das ist eine wichtige und notwendige Sache, und ich bitte Sie, sich zurückzuhalten, um die Würde dieses Hauses zu wahren. Das gilt für alle Fraktionen und auch für die letzten Redner. (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Vielleicht könnte es in dieser Situation einen Präsidentenwechsel geben! – Zwischenruf von Abg David Ellensohn.*) Kollege Ellensohn verlangt eine Sitzungsunterbrechung. Verlangen Sie die Einberufung einer Präsidialsitzung? (*Abg David Ellensohn: Ja!*)

Er will, dass eine Präsidiale einberufen wird. Ich darf aber feststellen, dass die Präsidentin des UVS, Frau Dr Schönberger, bisher noch nicht eingelangt ist. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Sie ist schon da? – Dann darf ich ihr zumuten, dass wir sie ein paar Minuten warten lassen.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Präsidiale, bitte Sie aber, sich weiterhin im Saal aufzuhalten.

(*Unterbrechung der Sitzung von 11.02 bis 11.11 Uhr.*)

Präsident Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich bitte, Platz zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Präsidiale ist zu einem Beschluss gekommen: Wir werden eine Sonderpräsidiale einberufen, in der versucht wird, Regeln zu finden, nach denen die Möglichkeiten des Zusammenwirkens der Fraktionen in diesem Haus gestaltet werden können, um zu verhindern, dass durch emotionelle Situationen, die unter Umständen ganz bewusst herbeigeführt werden, die ordnungsmäßige Abhaltung eines Landtages in diesem Hause unmöglich gemacht wird. Wir werden in diesem Sinne gemeinsam wirken und versuchen, die Dinge wieder in den Griff zu bekommen, um ein geordnetes Zusammenleben in diesem Landtag zum Besten der Bürger zu erreichen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 der Tagesordnung. Sie betrifft den Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien.

Es freut mich ganz besonders, die Präsidentin des UVS, Frau DDr Katharina Schönberger, hier begrüßen zu können. (*Allgemeiner Beifall.*) Ich heiße sie herzlich im Wiener Landtag willkommen! Sie hat soeben gesehen, dass hier in diesem Gremium durchaus Leben herrscht. Wir sehen nunmehr mit Interesse dem Tätigkeitsbericht und seinen Beurteilungen entgegen.

Ich bitte nun die Berichterstatterin, die Frau Amtsf StRin Frauenberger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst möchte ich die jungen Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne ganz herzlich begrüßen. Ich hoffe, dass wir jetzt eine der Demokratie würdige Debatte zum Bericht des UVS abführen können!

Ich bitte Sie um Zustimmung.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Berichterstatterin. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr

Abg Wolfgang Ulm zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt ein Geschäftsstück zu debattieren, bei dem wir, glaube ich, sehr sachlich und fachlich, in einer ruhigen und besonnen Art und Weise argumentieren können, wie es auch zur Entwicklung des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien passt.

Dieser hat allerdings seit seiner Gründung Anfang der 90er Jahre auch schon unruhigere Zeiten erlebt, aber nunmehr scheinen die Kinderkrankheiten erledigt zu sein, und es ist sehr erfreulich, dass wir geordnete und sehr versierte Berichte bekommen, und zwar zu einem passenden Zeitpunkt: Der Tätigkeitsbericht konnte nämlich am 11. Mai des Folgejahres in der Vollversammlung des Unabhängigen Verwaltungssenats beschlossen werden, und wir können diesen jetzt in der Septembersitzung des Landtages debattieren. Auch das war in der Vergangenheit nicht immer so. Ich kann mich erinnern, dass es auch schon Dezember geworden ist oder der Bericht gar erst im übernächsten Jahr vorgelegt wurde.

Umso erfreulicher ist es, dass der UVS jetzt in einer ruhigen und sehr attraktiven Art und Weise für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt seine Arbeit verrichtet. Das ist nicht immer leicht mit den Kapazitäten und mit dem Personal, das man dieser Behörde zur Verfügung stellt, noch dazu dann, wenn die Kompetenzen des Senates zunehmen, was sehr erfreulich ist, weil die Kompetenzen beim Senat gebündelt werden sollten. Es gibt eine Kompetenzzunahme in den Bereichen des Wiener Tierzuchtgesetzes, des Wiener Frühförderungsgesetzes, des Fischereigesetzes und des Jagdgesetzes. Der UVS muss aber mit dem gleichen Personal auskommen, was natürlich bei einer Zunahme der Geschäftsfälle und bei einer Zunahme der anfallenden Fälle nicht ganz leicht ist.

Ich möchte trotzdem die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, darauf hinzuweisen, dass auch das Vergaberecht ein sehr geeignetes Feld wäre, um eine Kompetenz für den UVS Wien vorzusehen. Ich hätte sehr gerne, dass der Unabhängige Verwaltungssenat anstelle des Vergabekontrollsenates in Vergabesachen entscheidet. Ich glaube, dass das ein noch höheres Maß an Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit gewährt. Ich halte es einfach für besser, wenn drei unabhängige Verwaltungsrichter entscheiden, anstatt Beamte der Stadt Wien oder Interessenvertreter. So schnell wird diese Zuständigkeit im Vergaberecht aber sicherlich nicht kommen, wenn es jedoch so weit ist, dann muss selbstverständlich der Behörde das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt werden.

Der UVS ist eine parteienfreundliche Einrichtung im Sinne einer bürgerfreundlichen Einrichtung. Man erkennt das sehr oft an Kleinigkeiten. Es ist zum Beispiel etwas in diesem Bericht angeführt, was auch ich selbst in meiner beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt immer wieder feststellen kann: Es ist keine Selbstverständlichkeit für Anwälte und Verfahrensparteien, dass einem gleich nach der Verhandlung ein Verhandlungsprotokoll in die Hand gedrückt wird und dass man dafür noch dazu nichts

bezahlen muss. Es gibt nämlich auch bundesstaatliche Einrichtungen, wo eine Kopie 1 EUR kostet und man auf die Kopien tage- oder wochenlang warten muss. Das ist beim UVS Wien nicht der Fall.

Es konnten im Jahr 2010 sage und schreibe 11 520 Verfahren enderledigt werden. Ich glaube, das ist eine sehr beachtliche Zahl! Noch beachtlicher ist aber, dass von diesen 11 000 Verfahren lediglich 26 Verfahren verjährt sind. Das freut natürlich den Berufungswerber und den Rechtsanwalt nicht unbedingt, ist aber natürlich der Sache dienlich, und es ist politisch sehr erfreulich, dass die Behörde so gut arbeitet, dass hier die Verjährungen im Promillebereich liegen. Wir hatten einen Verjährungsanteil im Jahr 2003, der noch bei 4,8 Prozent gelegen ist. Heute liegt er nur noch bei 0,2 Prozent.

Den Unabhängigen Verwaltungssenat anzurufen, kann für den Bürger durchaus Sinn machen, und zwar nicht, weil er auf eine Verjährung hoffen bräuchte, denn das wird wohl nicht der Fall sein. In immerhin 19,2 Prozent der Fälle gibt es aber eine Stattgebung, und in immerhin 28,1 Prozent der Fälle erfolgt lediglich eine teilweise Abweisung, gibt es also eine teilweise Stattgebung.

Ich würde empfehlen – das ist aber eigentlich meine einzige Kritik an diesem Tätigkeitsbericht –, in Zukunft statt von teilweisen Abweisungen von teilweisen Stattgebungen zu sprechen. Das bedeutet ganz genau das Gleiche, ist aber aus Sicht der Partei beziehungsweise des Bürgers formuliert und weniger aus der Sicht des Magistrats.

Wie gut der Unabhängige Verwaltungssenat arbeitet, sieht man auch daran, wie stark seine Entscheidungen vor dem Verfassungsgerichtshof halten. In 72 Beschwerdeverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof ist nur eine einzige Entscheidung des UVS Wien aufgehoben worden. Selbstverständlich sieht es beim Verwaltungsgerichtshof anders aus, das liegt in der Natur der Sache. Dort gab es 279 Beschwerdeverfahren gegen Bescheide des UVS, und es wurden immerhin 68 Entscheidungen aufgehoben, das heißt, die Bürger sind mit 68 Entscheidungen beim Verwaltungsgerichtshof durchgedrungen. Das bedeutet nicht, dass der UVS Wien schlecht arbeiten würde, das bedeutet nur, dass die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich funktioniert.

Es freut mich auch sehr, dass in dem Bericht darauf hingewiesen wurde, wo man in erster Instanz, wie zum Beispiel bei der Sozialhilfe, noch etwas besser machen kann. Es hat ja das Mindestsicherungsgesetz einen erweiterten Kreis von Anspruchsberechtigten gebracht, und in diesem Zusammenhang ist sicherlich noch etwas an der Behördenpraxis zu verbessern. Es kann nun in erster Instanz nicht mehr unmittelbar beim persönlich zuständigen Referenten vorgesprochen werden, es gibt nur noch sogenannte Servicezentren, bei denen eine eher abstrakte Hilfeleistung geboten wird. Alle Anträge und Eingaben sind schriftlich einzubringen, und das überfordert bisweilen die Antragsteller, weil man ja noch dazu berücksichtigen muss, dass diese Personen rechtlich nicht versiert und im Umgang mit Behörden nicht geübt sind.

Ich möchte damit auch schon zum Schluss kommen und meinen Dank der Frau Präsidentin und der gesamten Behörde aussprechen, die ausgezeichnete Arbeit leistet und einen wesentlichen Beitrag zum Rechtsschutz, zur Rechtssicherheit und zur Rechtsstaatlichkeit in unserer Republik und in unserem Wien leistet. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Blind. Ich erteile es.

Abg Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Frau Präsidentin des Unabhängigen Verwaltungssenats! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Was in der Rede meines Vorredners, des Kollegen Ulm, nicht angesprochen wurde, ist die Tatsache, dass der Unabhängige Verwaltungssenat eine relativ junge Behörde ist. Sie hat heuer Geburtstag und wird 20 Jahre alt.

Sie hat in diesen 20 Jahren, glaube ich, eine eindrucksvolle Leistungsbilanz vorzuweisen. Beim UVS handelt es sich um eine ganz besondere Behörde: Sie wird in Vollziehung des Landesrechts, aber auch des Bundesrechts tätig, wobei – was die Sache natürlich komplizierter beziehungsweise nicht immer einfacher macht – ein immer stärker werdender Ansatz beziehungsweise eine immer weitere europarechtliche Dimension zu beachten ist. Das heißt, Fälle, die früher rein innerstaatlich zu bewerten waren, bekommen eine wesentlich tiefere Dimension, die natürlich auch einen höheren Arbeitseinsatz und einen höheren Wissenseinsatz erfordern.

Wie Sie sicherlich alle wissen, ist der Unabhängige Verwaltungssenat Wien, wie auch alle anderen Unabhängigen Verwaltungssenate, zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Es handelt sich um eine Instanz im Verwaltungsstrafverfahren. Der UVS stellt nach Art 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention ein sogenanntes Tribunal dar und ist auch Instanz im – unter Anführungszeichen – normalen Administrativverfahren.

Wenn wir uns den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2010 ansehen, dann ist festzustellen, dass dieser maßgeblich durch Kenn- und Leistungszahlen geprägt ist. Im Berichtszeitraum fielen rund 12 000 Fälle an, was insofern bemerkenswert ist, als dies den zweithöchsten Anfall innerhalb der letzten 10 Jahre darstellt. Diesem Anfall steht eine respektable Erledigungsquote von rund 11 500 Fällen gegenüber, die – wie ich meine – nur durch höchsten persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UVS erreicht werden konnte, wofür seitens der Freiheitlichen Fraktion ausdrücklich gedankt sei. *(Beifall bei den Freiheitlichen.)*

Auch in qualitativer Hinsicht braucht sich der Unabhängige Verwaltungssenat Wien unseres Erachtens nicht zu verstecken. Es fielen, wie gesagt, rund 12 000 Fälle an beziehungsweise wurden 11 500 Fälle erledigt. Wenn man bedenkt, dass die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts nur mit Hilfe eines Rechtsanwaltes angerufen werden können, die natürlich die Fälle vorher auf ent-

sprechende Erfolgsaussichten überprüfen, ergibt sich eine relativ geringe Anfechtungsquote von 223 Fällen beim Verwaltungsgerichtshof und 17 Fällen beim Verfassungsgerichtshof. Dem folgt eine noch geringere Stattgebungszahl der beiden Gerichtshöfe, was den UVS Wien meiner Meinung nach auch in fachlicher Hinsicht auszeichnet, sodass er sich auch in dieser Hinsicht unseres Erachtens nicht zu verstecken braucht.

Trotz dieses Einsatzes muss man kritisch anmerken, dass die Anzahl der offenen Fälle in den letzten beiden Jahren kontinuierlich gestiegen ist, nämlich von 3 800 auf 5 200 Fälle, was einem Plus von rund 30 Prozent gleichkommt. Dies ist jetzt aber nicht als Kritik am UVS zu verstehen, sondern das ist ein bedauerliches Faktum, das zum einen aus der vorerwähnten Anwendung des immer komplexer werdenden Europarechts, aber auch aus der Übertragung neuer Aufgaben resultiert. Zwar hat der Bundesgesetzgeber dem UVS keine neuen Aufgaben übertragen, aber er ist zum Beispiel als Berufungsinstanz nach dem Wiener Tierzuchtgesetz, nach dem Fischereigesetz, dem Jagdgesetz, dem Geodateninfrastrukturgesetz und nach weiteren Bestimmungen als Kontrollinstanz nominiert worden.

Andererseits ist dies aber auch auf eine erhöhte Beschwerdetätigkeit in bestimmten Rechtsbereichen zurückzuführen. So ist ein Anstieg im Bereich der Maßnahmenbeschwerden zu verzeichnen. Maßnahmenbeschwerden – um das kurz zu erklären – sind jene Beschwerden, die sich gegen polizeiliches Handeln richten, das nicht von einem Gericht angeordnet wurde. Weiters gibt es einen verstärkten Zulauf in fremdenrechtlichen Verfahren.

Was mir ganz besonders bemerkenswert erscheint, ist aber der Anstieg der Beschwerden im Bereich des Sozialhilferechts.

Da die Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsleistung des UVS leider als ausgeschöpft angesehen werden müssen, müssen wir auch an Maßnahmen denken, wie die Erledigungsquote wieder dem Geschäftsanfall angepasst werden kann. Zum einen ist hierbei natürlich an die personelle Verstärkung des UVS zu denken. Wie ich gehört habe, gibt es auch bereits Überlegungen in diese Richtung.

Aber auch die Setzung administrativer Maßnahmen im Bereich der Stadt Wien tut unseres Erachtens Not. Bedauerlicherweise hat der UVS seinen Hinweis in seinem letzten Bericht betreffend die Situation im Bereich der Sozialhilfe wiederholen müssen. – Ich darf hier in diesem Zusammenhang aus dem Bericht des UVS zitieren: „Ein Teil dieser Rechtsmittel ist jedoch, wie bereits im Vorjahr berichtet, auf die seit nunmehr zwei Jahren geübte Behördenpraxis zurückzuführen, dass die Hilfesuchenden nicht mehr persönlich beim zuständigen Referenten vorsprechen können und Anträge und sonstige Eingaben schriftlich einzubringen sind. Damit wird nicht nur eine an den individuellen Bedürfnissen orientierte Entscheidungsfindung erschwert, die Abwicklung des Parteienverkehrs in sogenannten Servicezonen führt auch zu Problemen bei der lückenlosen Dokumentation der Verfahren. In vielen Berufungsverfahren geht der

Streit daher nur darum, ob erforderliche Unterlagen rechtzeitig erbracht oder Änderungen in den maßgeblichen Verhältnissen unverzüglich gemeldet wurden.“

Wie wir sehen, ist gerade im Bereich der Ärmsten eine gewisse Bürgerferne der Stadt Wien zu erblicken. Das ist insofern bedauerlich, als diese Menschen naturgemäß nicht über die Möglichkeiten verfügen, die sich wohlhabende Bürger leisten können. So steht diesen Menschen insbesondere mutmaßlich kein Rechtsanwalt zur Seite, der ihre Interessen vertreten kann.

Es ist also auch hier eine gewisse Kälte der Stadt Wien zu spüren. Daher richtet die Freiheitliche Fraktion den Appell an die Stadt Wien, wieder mehr auf die Bürger zuzugehen, und zwar gerade in den Bereichen, in denen sie sich selbst manchmal nicht zu helfen wissen.

Zum anderen ist die Kritik des UVS berechtigt, wenn er davon spricht, dass Bescheidbegründungen nicht im erforderlichen Umfang erfolgen. Die Bescheidbegründung ist, wie wir wissen, ein ganz essenzieller Teil eines jeden Bescheides, der für den Rechtsunterworfenen nur dann nachvollziehbar ist, wenn sie dementsprechend ausgeführt sind. Ein Spruch ohne Begründung wäre selbstverständlich sinnlos und auch als rechtswidrig zu betrachten.

Auf Grund der hohen Anzahl an Geschäftsfällen hat der UVS, wie wir meinen, einen repräsentativen Überblick über die Arbeit und damit über die Qualität der Arbeit der Stadt Wien. Ich ersuche den UVS daher, verstärkt strukturelle Missstände in seinem Bericht aufzuzeigen, wie er es im Bereich der Sozialhilfe getan hat.

Ich darf daher mein Ersuchen an die Frau Präsidentin richten, neben der inhaltlichen Ausführung struktureller Missstände und neben den detaillierten Kennzahlen zum Geschäftsanfall auch die Erledigungen, insbesondere die Stattgebung und die Abweisung, nach Bereichen auszuweisen, um jene Bereiche sichtbar zu machen, in denen vermehrt auf die qualitative Arbeit der ersten Instanz zu achten sein wird.

Abschließend darf ich nochmals für die hervorragende Arbeit des UVS danken. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Geschätzte Frau Präsidentin des UVS! Leider nur mehr wenige geschätzte Zuhörer auf der Galerie!

Viele haben uns jetzt leider verlassen, ich hoffe jedoch, nicht auf Grund der vorherigen heftigen Auseinandersetzungen, wobei ich nur ein Wort dazu, bevor ich zur Sache komme, jetzt aussprechen möchte.

Im Endeffekt nützt diese Form der Auseinandersetzung keiner Partei, sondern letztlich wird nur der Politikverdrossenheit weiter Vorschub geleistet. Wir alle, wurscht welcher ideologischen Gesinnung wir angehören, haben an sich dafür zu arbeiten, dass möglichst viele Bürger am politischen Geschehen teilnehmen, aber wenn es dabei so zugeht wie vorher, ist eher das Gegenteil der Fall! Deshalb kann ich nur als einer von 100 Mitgliedern dieses Gremiums darum ersuchen, dass wir

in Zukunft eher friedlicher und sachlicher miteinander umgehen! – Das nur als Einleitung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Unabhängigen Verwaltungssenat wurde schon ausgeführt, wofür er zuständig ist, und es wurde auch schon gesagt, dass er ausgezeichnete Arbeit leistet. Auch ich darf für meine Fraktion der Präsidentin und all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihre Arbeit danken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist nicht unerheblich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wien sich auf die Rechtsstaatlichkeit und damit im Endeffekt auf ein gerechtes Verfahren verlassen können. Gerade in Anbetracht der Fälle des UVS kann man sagen, dass wirklich jeder irgendwann sozusagen in die Mühlen der Verwaltungsbehörden kommen kann. Dass jemand mit dem Strafgericht oder auch mit dem Handelsgericht zu tun hat, ist doch eher selten, aber Verwaltungsstrafsachen oder normale administrative Verfahren betreffen doch jeden irgendwann einmal, und daher ist es gut zu wissen, dass wir eine gute zweite Instanz haben, die fair und rechtsstaatlich vorgeht.

In diesem Sinn meine ich, dass es auch sehr wichtig ist, dass diese Einrichtung personell gut ausgestattet ist. Meine beiden sachlichen Vorredner haben ausgeführt, dass noch einige Berufungsmaterien dazugekommen sind, wobei ich allerdings meine, dass das Tierzuchtgesetz, das Jagdgesetz und die weiteren aufgezählten Gesetze in Wien quantitativ keine extrem große Rolle spielen.

Was eher zur Mehrbelastung beiträgt, ist natürlich das Faktum, dass beim gleichen Personalstand immer mehr Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und immer mehr europäische Normen mitzuberücksichtigen sind. Aber ich kann auch davon berichten, dass der UVS in sehr guten Gesprächen mit der Magistratsdirektion - PR bezüglich Personalerweiterung ist und dass man hier, glaube ich, sicherlich Lösungen finden wird, die für alle tragbar sind, weil es eben wichtig ist, dass rasch entschieden wird.

Mein Vorredner Blind hat auch ausgeführt, dass die Zahl der offenen Verfahren aus den Vorjahren gegenüber 2008 gestiegen ist. – Man muss aber auch dazusagen, dass man damals einen absoluten Tiefpunkt von 3 876 Fällen hatte. Wir haben jetzt wieder rund 5 200 Fälle. Nur von der Größenordnung her – wobei ich nicht sage, dass man wieder anstreben soll, dass man möglichst tief liegt – möchte ich daran erinnern: Im Jahr 2000 waren es 9 356 Fälle, 2001 waren es 9 106 und 2002 waren es 9 590 Fälle. Die Zahl ist also von über 9 000 auf 3 500 gesunken, jetzt sind wir wieder bei 5 000, und diese Zahl wird in den nächsten Jahren hoffentlich wieder hinuntergehen. Es gab also eine gewisse Steigerung, diese war aber nicht so dramatisch, dass man sozusagen jetzt schon schlaflose Nächte haben müsste. – Ich sage das nur zur Relativierung, nicht zur Richtigstellung.

Außerdem wurde von meinen Vorrednern die Sache mit der Mindestsicherung und der angeblich steigenden Zahl der Berufungsverfahren kritisiert. – Dazu muss ich schon sagen: Die Magistratsabteilung 40 legt sehr großen Wert auf verständliche und nachvollziehbare Dar-

stellungen und Formulierungen in den Bescheiden und ist deshalb laufend bemüht, Anregungen betreffend Verbesserungen zu geben. Deshalb sind die ReferentInnen in der Servicezone, wenn sie Anträge entgegennehmen, beim Ausfüllen unterstützend tätig und weisen die Klienten auch darauf hin, was der Vollständigkeit halber unter Umständen noch beigelegt werden muss. Man bemüht sich also sehr, dass die Betroffenen vollständige Anträge einbringen, die von der Form her okay sind. Die schriftliche Bescheiderstellung bietet darüber hinaus ein hohes Maß an Transparenz und Rechtssicherheit, wie wir uns das wünschen.

Dazu möchte ich eine Zahl nennen: Der Fachbereich Mindestsicherung hat von Jänner 2011 bis August 2011 insgesamt 163 000 schriftliche Bescheide erlassen, und gegen knapp 600 Bescheide wurde berufen. Das sind 0,35 Prozent, und ich meine, das ist durchaus vorzeigbar beziehungsweise fast vorbildhaft.

Was bleibt sonst noch zu sagen? Kollege Ulm hat angesprochen, dass man den Landesvergabekontrollsenat in den UVS eingliedern sollte. – Ich meine, dass der Landesvergabekontrollsenat, so wie er jetzt existiert, ausgezeichnete Arbeit leistet, weil dort auch die Fachkompetenz der Mitarbeiter über das Juristische hinaus besteht, die man sonst vielleicht langwierig durch Gutachter einholen müsste, was eine Verfahrensverzögerung bewirken würde. Der Landesvergabekontrollsenat kann in seiner jetzigen Zusammensetzung sehr rasch entscheiden, was vor allem auch für die Wirtschaft wichtig ist. Ich höre aus der Wirtschaft nur sehr positive Rückmeldungen über die Arbeit des Landesvergabekontrollsenats.

Es wurde seinerzeit auch im Österreichkonvent diskutiert, ob man alles in ein Landesverwaltungsgericht eingliedert, wie es damals geplant war und was noch immer irgendwie im Raum steht. Nach diesen Plänen würde auch der UVS in die Landesverwaltungsgerichte eingegliedert werden. Diese Pläne gibt es jetzt aber schon 10 bis 15 Jahre, und im Österreichkonvent ist diesbezüglich nichts herausgekommen, obwohl sich alle einig waren, dass man Landesverwaltungsgerichte machen soll.

Wenn es also irgendwann dazu kommen sollte, dann ist es gut, aber ich halte es durchaus für möglich, nachdem ich unsere Praxis kenne, dass es auch einen 30. Geburtstag des UVS geben wird, die Landesverwaltungsgerichte jedoch noch immer nicht.

Dazu möchte ich noch sagen: Als wir damals die Landesverwaltungsgerichte einrichten wollten, hat man gesagt, den Landesvergabekontrollsenat würde man nicht eingliedern, weil er eben ganz spezifisch ist, und daher hätte man diesen damals auch auf Grund der Schnelligkeit und der Sicherung des sachlich hohen Niveaus mehrheitlich beibehalten.

Insofern richte ich noch einmal meinen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unabhängigen Verwaltungssenates. Ich glaube, dass wir alle diesem Bericht wirklich guten Mutes zustimmen können. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist

Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich möchte mich betreffend die Wertschätzung Ihrer Arbeit von unserer Seite meinen Vorrednern gerne anschließen. – Wir danken Ihnen und Ihrem Team herzlich. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich werde jetzt nicht die Zahlen wiederholen, die genannt wurden, denn das macht wenig Sinn. Faktum ist: Die Zahl Ihrer Aufgaben nimmt zu, und Sie haben langwierige Verfahren. Wir alle wissen, dass das Personal knapp ist.

Insofern möchte ich gerne nur einen Bereich herausnehmen, der mir recht wichtig ist, nämlich die Mindestsicherung und die Beschwerden der Menschen, dass sie bei ihrer Antragstellung in den Sozialzentren zu wenig Hilfe bekommen. – Wir haben uns dieser Beschwerden mittlerweile gemeinsam mit dem Koalitionspartner angenommen, und es wurde jetzt auch umstrukturiert. Das halte ich für sehr wichtig. Das heißt, es werden jetzt zunehmend auch professionelle Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen zur Verfügung gestellt, die den Antragstellern definitiv vor Ort helfen.

Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wie auch Sie das aufzeigen. Insofern bleibt mir nur noch eines zu sagen: Herzlichen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort. Bitte, Frau Stadtrat.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für diese Debatte. Wir hatten wahrlich schon heftigere Auseinandersetzungen genau zu diesem Bericht! Die Frau Präsidentin hat es aber in den letzten Jahren gut verstanden, mit viel Umsicht, Kompetenz und Ruhe den UVS auf sehr kompetente und feste Beine zu stellen.

Wir haben Zahlen diskutiert, und ich möchte jetzt noch zeigen, wohin sich die Tätigkeit entwickelt. Wir ersehen aus dem Bericht, dass es einen Anstieg bei der Sozialhilfe gegeben hat. LABg Hebein hat auch schon auf die Komplikationen bei der Antragstellung hingewiesen. Wir haben einen Anstieg bei der Sozialhilfe. Wir haben einen Anstieg bei der Wohnbeihilfe. Wir haben einen Anstieg bei den Strafverfahren nach dem Finanzmarktsrecht. Und wir haben einen Rückgang beim Anlagerecht, beim ruhenden Verkehr und bei den Schubhaftbeschwerden.

Ich meine, man kann an den Fällen und an den Herausforderungen, die vom UVS bewältigt werden, gut sehen, welche Themen im gesellschaftlichen Kontext gerade aktuell sind und häufiger behandelt werden, bei denen es dann aber, wenn wir die Sache gut bewältigen, auch wiederum rückläufige Zahlen gibt.

Dass bei 12 000 Verfahren eine Beschwerdequote von 2 Prozent eine wunderbare Zahl ist, möchte ich jetzt noch einmal betonen, auch wenn das schon von Abg Ulm dargestellt wurde. – Ich weiß, dass die Mitglieder

wirklich hervorragende Arbeit bei ständig steigenden Herausforderungen leisten, dass sie sehr gut vernetzt sind und dass sie durch internationale Vernetzungen und durch den Besuch von Tagungen und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen auch sehr bemüht sind, sich weiterzuentwickeln und damit natürlich auch den UVS weiterzuentwickeln.

Betreffend Sicherheit, die auch ein ständiges Thema ist, wenn wir uns mit diesem Bericht auseinandersetzen, haben wir mittlerweile mit dem UVS, mit der Magistratsdirektion, mit der MA 34 und der MA 14 ein sehr umfassendes Sicherheitskonzept erarbeitet, das jetzt auch auf Grund der Erweiterung umgesetzt werden kann. Es muss aber natürlich auch auf die Erweiterung ausgeweitet werden.

Damit bin ich bei dem Punkt, der eigentlich auch von allen angesprochen wurde, nämlich beim Punkt der personellen Ausstattung. Klar ist, dass eine ständige Erweiterung von Aufgabengebieten und eine Weiterentwicklung nach oben bei den Fallzahlen auch bedeutet, dass das eine Ressourcenfrage ist, und wir sind diesbezüglich in sehr konstruktiven Gesprächen mit der Frau Präsidentin, um diese erweiterten Aufgabenbereiche auch tatsächlich personell so gut ausgestattet zu bekommen, dass eine gute und nicht zu sehr belastende Arbeit auch tatsächlich möglich ist.

Frau Präsidentin! Bitte richten Sie vom Landtag den Mitgliedern und MitarbeiterInnen ein ganz herzliches Dankeschön für die hervorragende Tätigkeit und das tolle Engagement aus, und dieser Dank gilt natürlich auch Ihnen!

Ich bitte um Zustimmung. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Ich möchte mich abschließend namens des Landtages bei Frau Präsidentin Dr Schönberger für ihre wertvolle Tätigkeit bedanken und auch meinen Dank für ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung aussprechen.

Die Postnummer 2 betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a Bundes-Verfassungsgesetz über den Ausbau der

ganztägigen Schulformen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Vettermann, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Heinz **Vettermann**: Im Sinn dieser 15a-Vereinbarung bitte ich um Zustimmung zum eben einreferierten Aktenstück.

Präsident Johann **Herzog**: Danke. Zu Wort ist niemand gemeldet. Eine Debatte findet somit nicht statt. Wünschen Sie ein Schlusswort, Herr Abgeordneter?

Berichterstatter Abg Heinz **Vettermann**: Nein danke, nachdem Einstimmigkeit besteht.

Präsident Johann **Herzog**: Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Postnummer 3 betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a Bundes-Verfassungsgesetz über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden Frühförderung an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Vettermann, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg Heinz **Vettermann**: Auch in diesem Fall bitte ich um Zustimmung.

Präsident Johann **Herzog**: Danke. Zum Wort ist niemand gemeldet. Eine Debatte findet somit nicht statt. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Ich wünsche noch einen schönen Tag!

Ich hoffe, dass die Fraktionen dieses Hauses bis zur nächsten Sitzung im Sinne der Präsidiale, die heute stattgefunden hat, zu einem Ergebnis kommen, dass das politische Zusammenwirken untereinander, aber auch die Auseinandersetzungen in eine Form gebracht werden, die der Institution des Wiener Landtages, aber auch den Erwartungen, welche die Wienerinnen und Wiener in dieses Gremium setzen, entsprechen. – Ich danke.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung um 11.50 Uhr.)